

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Waisenstraße 11/12,
auch durch Kolonialagenten zu beziehen.
Preis Vierteljahr 1 M. 25 Pf.,
Halbjahr 2 M. 50 Pf.,
Jahr 4 M. 50 Pf.,
frei im Haus 4 M. 25 Pf.,
bei Fernsendung 4 M. 50 Pf.,
bei Fernsendung 4 M. 25 Pf.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Expedition des
Volkswacht-Verlags
für Schlesien, Posen und
die Nachbargebiete
15 Waisenstraße
Königsberg, i. Pr.
Telefon 1206.
Konten für die Abnahme
müssen bis Freitag 1 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 245.

Mittwoch, den 20. Oktober 1909.

20. Jahrgang.

Wahlen.

Die nächsten Tage und Wochen werden in Deutschland im Zeichen der Wahlen stehen. Am 21. Oktober treten in Baden und in Sachsen die Landtagswähler an die Urne, am Tage darauf folgt die wichtige Stichwahl in Koburg, am 26. finden in Berlin die Ersatzwahlen für die vier kassierten Landtagsmandate der Genossen Stief, Hoffmann, Seemann und Borgmann statt. Am 12. November erfolgt dann in Landsberg-Soldin die Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Böhm (Konserbativ), schließlich am 26. November soll auch die verschleppte Reichstagsersatzwahl in Halle a. S. für den verstorbenen Abgeordneten Schmidt (freisinnig) vorgenommen werden.

Für die Sozialdemokratie ist jede Wahlzeit eine frische politische Zeit, weil sie eine Zeit gesteigerter politischer Arbeit und verschärften politischen Kampfes ist. Dachten die Gegner ebenso, so ständen wir längst schon im Kampfe um einen neuen Reichstag. Nach den ursprünglichen Bestimmungen der Reichsverfassung sollte der Reichstag alle drei Jahre erneuert werden. Im Winter 1887/88 brachte aber das damalige aus Konserbativen, Freikonserbativen und National Liberalen bestehende Kartell den Antrag ein, die dreijährige Legislaturperiode in eine fünfjährige umzuwandeln und begründete diesen Antrag ausdrücklich damit, daß es wahrlich kein Vergnügen sei, in allen Wiederkünften herumzuwandern und Reden zu halten. Die Mehrheit des Hauses stimmte allen derartigen Neuerungen mit verhältnismäßig geringer Mehrheit bei, der Antrag v. Bennigsen-Hellberg wurde angenommen, und so kommt es, daß das deutsche Volk nicht schon in diesem Winter sein Urteil über die Leistungen des Reichstags zu fällen berufen wird, sondern sich noch zwei Jahre bis zu den Neuwahlen zu gedulden hat.

Desto lebhafter ist begreiflicherweise das Interesse, das sich den bevorstehenden Landtagswahlen und Reichstagsersatzwahlen zuwendet. Die Landtagswähler von Baden, Sachsen, Berlin, die Reichstagswähler von Koburg, Landsberg-Soldin und Halle a. S. sollen nun, so erwartet man allgemein, durch ihre Abstimmung zum Ausdruck bringen, was allen deutschen Reichstagswählern zu dieser Zeit auf dem Herzen liegt, sie sollen für das ganze deutsche Volk sprechen. Daher kommt es auch, daß nach allgemeinem Urteil sowohl in Baden wie in Sachsen die Erörterung der eigentlichen Landesangelegenheiten durch lebhaftere Debatten über die neuen Reichsteuern stark in den Hintergrund gedrängt wurden. In desto höherem Grade wird daher auch den bevorstehenden Wahlen symptomatische Bedeutung für das ganze Reich zugesprochen sein.

Bei den ersten Wahlen nach dem neuen Wahlgesetz im Jahre 1905 waren in Baden auf die Sozialdemokratie 50.431 Stimmen entfallen, 17 Prozent aller abgegebenen, sie gewann von den 83 Sitzen der Kammer 12, während 29 auf den liberal-demokratischen Block, 28 auf das Zentrum und 4 auf die Konserbativen entfielen. Die Sozialdemokratie verhinderte damals, indem sie in 12 Wahlkreisen im zweiten Wahlgang für die Liberalen und Demokraten stimmte, eine Zentrumsmehrheit, auch der „Block“ trat in fünf Wahlkreisen für die Sozialdemokratie ein. Die nächsten Tage werden uns nähere Aufklärung darüber bringen, welche Veränderungen in der Parteigestimmung der badiischen Wähler seit 1905 eingetreten sind, es wird sich ferner zeigen, welche wahlaktive Situationen sich nach dem ersten Wahlgang herausstellen werden und wie groß die Geneigtheit der liberalen Blockleute sein wird, durch Unterstützung der Sozialdemokratie mit dem Kampfe gegen die Schwarzen Ernst zu machen. Man muß damit rechnen, daß die Sozialdemokratie als einziger vordringender Gegner dem Zentrum gegenüber in Betracht kommen wird, dafür sprechen wenigstens die Erfahrungen, die man bei den reichsländischen Bezirksstagswahlen und bei der pfälzischen Nachwahl in Neustadt-Bandau gemacht hat. Die Sozialdemokratie befindet sich in Baden auf dem dauernden Vorrang, sie vermehrte 1903-1907 ihre Reichstagswählerstimmen von 72.300 auf 93.255; die Ereignisse, die seit 1907 eingetreten sind, waren aber wahrhaftig nicht geeignet, das Vordringen der Sozialdemokratie aufzuhalten und das Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien zu stärken. Man kann daher den Ergebnissen des 21. Oktober für Baden im ganzen Reich guten Mutes entgegensehen.

Ganz anders als in Baden liegen die Dinge in Sachsen. In Sachsen ist das dem preußischen nachgeahmte Dreiklassenwahlrecht von 1896 wieder abgeschafft, aber nicht durch das gleiche Wahlrecht, wie es von 1868 bis 1896 bestand, sondern durch ein nationales Dreiklassenwahlrecht, ein sogenanntes Pluralwahlrecht, ersetzt worden. Diese niederträchtige Erfindung, die das Volk mittels blauer, roter, gelber und grüner Karten in Voll-, Dreiviertel-, Halb- und Viertelbürger teilt, wobei natürlich der schlechteste Gefinnungsberechtigte Plebs so vollständig wie möglich in die Viertelbürgerschaft verdrängt wird, soll jetzt zum ersten Mal in Sachsen ausprobiert werden, um festzustellen, ob sich zum Zwecke der Erhaltung des reaktionären Regiments ihre Übertragung auf Preußen und möglichst

später einmal auch auf das Reich selbst empfiehlt. Darum werden die sächsischen Landtagswahlen und ihre Ergebnisse ausschließlich aus dem Gesichtswinkel deutscher und preußischer Wahlrechtskämpfe zu betrachten sein, darum können unsere sächsischen Genossen den eigentlichen Zweck der Wahlen nicht in den zu erwartenden Mandatserfolgen erblicken, die nur so weit für das ganze Reich wertvoll sind, als es gelingt, durch sie die Position des Pluralwahlrechts zu erschüttern. Der eigentliche Zweck des sächsischen Wahlkampfes ist der Kampf gegen das neue unerträgliche Unrecht. Wenn — wie bei der jetzigen Stimmung der Massen kaum zu bezweifeln ist — der Wahlkampf unserer sächsischen Genossen trotz der täuschenden Zusätze des neuen Systems einige Erfolge bringt, größere vielleicht als man erwartet, dann wird es sicher nicht an gegnerischen Stimmen fehlen, die aus dem Umstande, daß das Pluralwahlrecht eine Vertretung der Arbeiterschaft im Landtag nicht bittig ausschließt, Schlüsse ziehen werden auf die Vorzuglichkeit dieses Wahlrechts. Verschärfter Kampf, unermüdliche Aufklärung über das wahre Wesen der Pluralwahlweise in Preußen und Sachsen die Antwort darauf sein.

Wieder aus anderen Gesichtspunkten sind die Landtagsersatzwahlen von Berlin interessant. Auch sie sind wesentlich als ein Stück des großen Wahlrechtskampfes zu betrachten, den das preußische Proletariat unternommen hat und in diesem Herbst und Winter mit vermehrter Energie fortzusetzen gedenkt. Die Berliner Nachwahlen haben dabei aber auch einen gewissen humoristischen Beigeschmack, denn wenn es gelingt, wie wir hoffen, die vier angefochtenen Mandate der Partei zu erhalten, dann wird sich in aller Welt ein homerisches Gelächter erheben über das tölpelhafte Ungeheuer des biedereren Freisinn, der in Gemeinschaft mit seinen Konserbativen Bloßbrütern von einst auf die Berliner Mandatsjagd ausgegangen war und jetzt für seine große Unanständigkeit durch eine ausgiebige Blamage bestraft wird.

Zur Koburger Stichwahl hat der Freisinn, wie zu erwarten war, die Leistung für den nationalliberalen Agartierliebhaber Quast ausgegeben. Daß sich niemand mehr über ein solches Verhalten der freisinnigen Parteileitung wundern, ist vielleicht das Hauptergebnis an dem ganzen Vorgang. Desto merkwürdiger wäre es, wenn die etwa 3000 freisinnigen Wähler insgesamt der Parole ihrer Parteileitung folgen wollten, denn zweifellos befinden sich unter ihnen auch Elemente, die durchaus nicht reaktionär gesinnt sind, Elemente, die zum Proletariat gehören oder ihm durch ihre soziale Stellung nahe stehen, und die darum nicht im Zweifel sein können, wie sie sich bei einer Stichwahl zwischen einem Nationalliberalen Geylser Couleur und einem Sozialdemokraten zu verhalten haben. Es wird am 22. Oktober in Koburg heiß hergehen, die Hoffnung, über dem noch nie sozialdemokratisch vertretenen Kreis diesmal die Fahne der Partei hissen zu können, wird den Kampfesgeist unserer Genossen beleben, während Mühsut und Niedergeschlagenheit die Aktion der Gegner lähmt.

Bringen die Wahlen des 21., 22. und 26. Oktober gute Ergebnisse, dann dürfen wir auch frohen Mutes erwarten, was uns der 12. November in Landsberg-Soldin und der 26. in Halle a. S. bringt. Es ist überall ein großes Erwachen, von allen Seiten strömen neue Kräfte zu, die „Niedergelassenen“ reiten!

Politische Uebersicht.

Der Wahlfonds der Scharfmacher. Am Freitag den 15. Oktober tagte der Ausschuss des Zentralverbandes Deutscher Industrieller in Berlin und beschloß zunächst, dem „Hansa-Bund“ beizutreten. Sodann referierte Generalsekretär Bueck über den Antrag des Direktoriums, innerhalb der im Zentralverband vereinigten Industriellen einen Wahlfonds zu bilden. Das Direktorium des Zentralverbandes begründet die vorgeschlagene Bildung eines Wahlfonds damit, daß sich in den letzten 10 Jahren gezeigt habe, wie der Mangel einer geeigneten Vertretung der Industrie in den deutschen Parlamenten die Verhältnisse zu Ungunsten der Industrie gestaltete. Es sei eine alte Erfahrung, daß mit Geld auf den Ausfall der Wahlen im Interesse derer, die es hergeben, eingewirkt werden kann. Aus einem solchen industriellen Wahlfonds sollen diejenigen Kandidaten ohne Rücksicht auf ihre auf nationalen Boden stehende Parteileistung unterstützt werden, wenn von ihnen angenommen werden kann, daß sie wirtschaftliche und sozialpolitische Ansichten vertreten, die mit den Bestrebungen des Zentralverbandes nicht im Widerspruch stehen. Dem Hansabund dürfe man die Einwirkung auf die Wahlen nicht überlassen, einmal weil er vielleicht nicht in der Lage sei, die richtigen Auswahl zu treffen und weiter weil dieser vielleicht mit der einen oder anderen der in ihm vereinigten Interessengruppen in Konflikt geraten könne. In dem Referat Buecks heißt es dann weiter:

Es könnte der Industrie leicht wie bei den letzten Wahlen ergangen, wo sie sehr große Beträge aufgebracht hat, die einem in Berlin gebildeten Komitee zur Verfügung gestellt wurden. Dieses verteilte die Gelder in der einfachsten ganz schematischen unter die nationaldemokratischen Parteien und die National Liberalen im Reichstage.

Da kam es denn, daß mit dem von der Industrie hergegebenen Geld ihre unterschiedlichen Güter auf wirtschaftlichem und sozialpolitischen Gebiete unterstützt wurden.

Dem Referat Bueck wurde allseitiger Beifall zu teil und der Ausschuss nahm schließlich die folgende Resolution einstimmig an:

Der Ausschuss des Zentralverbandes Deutscher Industrieller beschließt:

1. Die seit Jahrzehnten in der Gesetzgebung zum Ausdruck gelangte ungenügende Berücksichtigung der industriellen und gewerblichen Interessen hat die weitesten Kreise der Unternehmer und Arbeitgeber mit schwerer Sorge und zunehmender Erbitterung erfüllt. Eine Veränderung am Besten ist nur zu hoffen von einer wirkungsvolleren Vertretung der Industrie in den gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere im Reichstage.
2. Um die Wahl solcher Abgeordneten für den Reichstag und im gegebenen Falle auch für die Landtage der einzelnen Staaten zu unterstützen und zu fördern, von denen die Vertretung der Interessen der Industrie im Sinne der Stellungnahme des Zentralverbandes und der ihm angeschlossenen wirtschaftlichen und industriellen Körperschaften sicher zu erwarten ist, soll ein dergleichen Zweck dienender Fonds gebildet werden. Unter den vorstehenden Voraussetzungen soll die Unterstützung aus diesem Wahlfonds den Wahlkandidaten aller bürgerlichen Parteien zu teil werden.
3. Der Wahlfonds soll von einer Kommission zusammen mit der von ihr zu errichtenden und unter ihrer Leitung stehenden Geschäftsstelle vollkommen unabhängig vom Zentralverbande Deutscher Industrieller gesammelt, verwaltet und verwendet werden. Die Kommission beschließt ebenso selbständig über ihre Verfassung.
4. Die Kommission wird aus 15 Mitgliedern und ist berechtigt, zu ihrer Ergänzung weitere Mitglieder zuzuziehen. Der Beitrag zu dem Wahlfonds soll nach der Bestimmung der Kommission in einem Prozentsatz von der jährlich gezahlten Lohnsumme bestehen und in vorher bestimmten Teilabschnitten von den unmittelbaren und mittelbaren Mitgliedern des Zentralverbandes erhoben werden. Die Unternehmer sollen diesen Beitrag als eine freiwillige Abgabe, für längere Zeit zu zahlende Steuer ansehen.
5. Die Kommission soll gehalten sein jährlich in angemessener Weise über die Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds zu berichten und diesen Bericht in geeigneter Form allen zugänglich zu machen, die Beiträge zu dem Fonds leisten.
6. Der Ausschuss des Zentralverbandes beauftragt das Direktorium, die Ausführung dieser Beschlüsse in die Wege zu leiten. Er erwartet, daß alle zur Mitwirkung berufenen Faktoren ihr Möglichstes tun werden, um die Kommission so bald als irgend möglich zu bilden und in Tätigkeit zu setzen.
7. Der Ausschuss erwartet ganz besonders, daß alle Mitglieder des Zentralverbandes die immer schwerer werdende Lage der Industrie erkennen und zu deren Abhilfe die Steuer für den Wahlfonds auf sich nehmen werden, um weiteren, viel schwereren Schädigungen und Belastungen durch die Gesetzgebung vorzubeugen.

Alexander Völs, der Vertreter der Großindustriellen im Saargebiet arbeitet schon seit Jahren für eine eigene industrielle Partei. Der Zentralverband will nun offenbar durch seinen Wahlfonds eine solche Fraktion der Großindustrie schaffen und damit den Völschen Plan in die Praxis umsetzen.

Der Löwenanteil dieses Geldes wird in den großen Städten gegen die Sozialdemokratie verwendet werden.

Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches soll, wie schon früher gemeldet, Ende des Monats erscheinen. Nach der „Deutschen Juristenzeitung“ wird sich dieser Entwurf ungefähr im Umfang des geltenden Strafgesetzbuches halten, nach der Zahl der Paragraphen sogar etwas kleiner sein. Es ergibt sich daraus ohne weiteres, was übrigens auch von vornherein anzunehmen war, daß nach der Absicht der Verfasser die zahlreichsten und zum Teil umfangreichen strafrechtlichen Nebengesetze nicht in das neue Strafgesetzbuch eingearbeitet werden sollen. Auf dem Gebiete der Gefühlsheilspflege, der Nahrungsmittelfälschung, des unlauteren Wettbewerbs, des Gewerbes und Arbeiterrechtes, des Schiffahrtswesens, des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, des Steuer- und Zollwesens usw. werden daher die bestehenden Rechtszustände durch die Grundzüge des neuen Strafgesetzbuches nur insoweit berührt werden können, als es sich um allgemeine, für jede strafgesetzbuchliche Vorschrift gültige Normen handelt, wie sie der Erste Teil unseres geltenden Strafgesetzbuches enthält. Auch der Vorentwurf wird einen ersten Teil — „Allgemeiner Teil“ — und einen zweiten Teil — „Besonderer Teil“ — umfassen. Während aber jetzt dieser zweite Teil ohne weitere Gruppierung in 29 Abschnitte zerfällt, soll der Besondere Teil des Vorentwurfs zunächst in vier Bücher geteilt werden — Delikte gegen den Staat, gegen Einrichtungen des Staates, gegen die Person, gegen das Vermögen —, die insgesamt 28 Abschnitte begreifen. Ihnen folgt ein fünftes Buch mit den Übertretungen, die nicht, wie vielfach angeregt ist, aus dem Strafgesetzbuch auscheiden, sondern in ähnlichem Umfang wie bisher darin verbleiben sollen. Demgemäß wird auch die bisherige Dreiteilung der strafbaren Handlungen in Verbrechen, Vergehen, Übertretungen aufrecht erhalten. Auch dem Strafvollzug ist, wenn gleich nicht erschöpfend, eine Reihe von Bestimmungen gewidmet. In bemerkenswertem Gegensatz zu den Erklärungen, welche im Reichstage wiederholt für das Reichsjustizamt abgegeben worden sind, scheint der Vorentwurf von der Annahme auszugehen, daß es einer weiteren Regelung des Strafvollzuges durch Reichsgesetz nicht bedürfen wird. Ein Gegensatz zu dem bisher von der Regierung eingenommenen Standpunkt tritt ferner darin auf, daß die künftige Auslegung des Strafvollzuges für einzelne Fälle der

Erprobung des Verurteilten nicht mehr durch die Justizverwaltung nach dem gerichtlichen Urteilspruch verfügt, sondern daß darüber durch das Gericht erkannt werden soll. Bisher hat die Regierung den dahin gerichteten, im Reichstage gebähten Wünschen stets Einwendungen entgegengelehrt.

Dem neuen Strafgesetzbuch will das „Berliner Tagebl.“ erfahren haben, daß darin die Strafbarkeit der öffentlichen „Gotteslästerung“ oder der „öffentlichen Beschimpfung einer mit Korporationsrechten ausgestatteten Kirche oder Religionsgemeinschaft“ an den „Nachweis der Böswilligkeit“ geknüpft werden soll. Es würde sich also um eine ähnliche Tendenz handeln, wie sie durch eine Spezialreform an dem Majestätsbeleidigungsparagraphen vorgenommen wurde, so daß auch hier die Gefahr entsteht, daß man anstatt des angeblichen Delikts die mit diesem Delikt verbundene Gesinnung, falls diese nachweisbar, bestrafen könnte. Daß der Gotteslästerungsparagraph in die Kampfkammer gehört, haben längst zahlreiche Theologen anerkannt und öffentlich zugegeben, und was die Religionsgemeinschaften betrifft, so sollte man glauben, daß sie durch den allgemeinen Beleidigungsparagraphen hinreichend geschützt sind. Wenn trotzdem die Regierung an dem alten Paragraphen im neuen deutschen Strafgesetz beibehalten werden sollen, so ist das ein Zeichen des in Deutschland herrschenden reaktionären Geistes, der, wie es heißt, vom preussischen Hofe aus den Entwurf des Strafgesetzes sehr stark beeinflusst haben soll. Dem Hofe sollen ja auch, wie das „B. Z.“ im Januar d. J. zu melden wußte, schärfere Strafbestimmungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gefordert worden sein. Es wird sich nun bald herausstellen, ob auch diese Beeinflussungsversuche erfolgreich gewesen sind.

Ein Brief für Herrn Delbrück. Offenbar an die Adresse des neuen Staatssekretärs des Innern, Herrn Delbrück, ist ein Brief geschrieben, den der Ausschuss des Zentralverbandes Deutscher Industrieller am Sonnabend gefast hat. Die Organisation der Schachtmacher hat erhebliche Bedenken gegen die Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichtes auf Fabrikarbeiterinnen, ferner gegen die Einschränkung der Frauenarbeit, gegen die obligatorischen Arbeiter-Kunstschiffe und gegen die beschlossene Regelung der Heimarbeit. In der umfangreichen Resolution heißt es zum Schluss:

„Alle diese Beschlüsse, die vornehmlich die Zustimmung der Mehrheit des Plenums des Reichstages zu erwarten haben, greifen so tief in die Freiheit des privaten Arbeitsvertrages ein und bedeuten eine weitere so schwere Einschränkung der Befugnisse der Unternehmer, daß diese befürchten, bei dem Fortschreiten der Gesetzgebung auf diesem Wege, der auf die Durchföhrung des sogenannten konstitutionellen Fabrikgesetzes hinführt, ihre Existenz nicht mehr aufrechterhalten zu können.“ (!)

Herr Delbrück hat sich immer des uneingeschränkten Vertrauens der Schachtmacher erfreut, und was an seinem Teile liegt, wird er zweifellos bestrebt sein, sich dieses Vertrauens auch fernerhin würdig zu zeigen.

Wir freilich würden es als einen Fortschritt ansehen, wenn die industriellen Betriebe nicht mehr von Privatkapitalisten, sondern statt dessen von der Gesellschaft „aufrechtgehalten“ würden.

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg verhandelt. Im Monat November gedenkt, einer Meldung zufolge, der Reichskanzler mit den Führern der bürgerlichen Parteien über die politische Lage und über das Arbeitspensum des Reichstages zu beraten. Von dem Ergebnisse der Beratungen soll es abhängen, wann der Reichstag einberufen werden soll. Der Reichskanzler soll auf dem Standpunkte stehen, möglichst mit allen bürgerlichen Parteien arbeiten zu wollen. Diese Nachricht bedarf sich mit einer früheren Meldung, wonach Herr v. Bethmann-Hollweg beabsichtigt, mit wechselnden Mehrheiten zu arbeiten. Ob er weit damit kommt, das scheint allerdings sehr fraglich.

Eine nützliche Ausgabe. An Unterhaltungskosten für die „Hohenzollern“, die Lufthacht Wilhelms II., müssen die

deutschen Steuergäbter in diesem Staatsjahre 529,500 M. aufbringen. Für die Schiffverpflegung sind angesetzt 110,700 M., für Verpflegungsgelagen 48,440 M., an Stellensulagen der Verpflegung 84,920 M. usw. Wenn man ernstlich sparen wollte, dann würde man diesen Posten ohne weiteres streichen können. Wenn schon dem Kaiser ein Schiff der Marine zu privaten Zwecken überlassen wird, dann ist es durchaus nicht notwendig, daß die Steuergäbter auch noch die Kosten für die Indiensthaltung des Schiffes auf sich zu nehmen haben.

Das Arbeitspensum des Reichstages. Der „Korrespondenz-Blatt“ berichtet aus Bundesratskreisen: Es ist beabsichtigt, dem Reichstage vor Weihnachten nicht viel mehr als den neuen Etat vorzulegen. Man rechnet mit einer Einberufung des Reichstages zum 28. November. Die Arbeiten des Bundesrats sollen so gefördert werden, daß dem Reichstage, an diesem Tage der Etat vorgelegt werden kann. Die erste Glasberatung im Plenum könnte somit in den letzten Novembertagen beginnen, und da sie meist nicht mehr als eine Woche in Anspruch zu nehmen pflegt, so wäre sogar in diesem Jahre die Budgetkommission in der annehmenden Lage, die Einzelberatung des Etats noch vor Beginn der Weihnachtsferien in Angriff zu nehmen, damit im Plenum die zweite Lesung bald nach Neujahr eintreten kann. Die rechtzeitige Fertigstellung der Etatsberatungen bis Ende März würde alsdann gewährleistet sein. Das übrige gesetzgeberische Material mit Ausnahme einiger handelspolitischer Gesetze wird dem Reichstage erst im neuen Jahre zugehen. Von älteren, ungelösten Entwürfen kommen das Arbeitskammergesetz und die Strafprozeßnovelle in Betracht, die recht gut im Winter so weit vorbereitet werden können, daß die endgültige Verabschiedung nach Ostern erfolgt. Bleibt noch die Reichsversicherungsordnung übrig. Daß ein so umfangreiches Werk vor der Sommerpause unter Dach gebracht werden kann, erscheint ausgeschlossen. Die Session müßte somit 1910 vertagt werden, um die begonnene Arbeit im Herbst fortsetzen zu können. In erster Linie soll aber die Etatsberatung stehen, und von ihrer Fortsetzung hängt die Einbringung der übrigen Gesetze ab. Man rechnet auch in Bundesratskreisen mit einer nicht zu langen Session.

Die Einnahmen aus den Zöllen sind im Monat September außerordentlich zurückgegangen. Während in den Monaten Juli und August an Zöllen rund 74 und 61 Millionen eingenommen wurden, betrug der Zollertrag im September nur 53 Millionen. Die infolge der Zollsenkungen stattgehabte Vorrückung an Kaffee und Tabak dürfte mit zu dem Ausfall beigetragen haben.

Fromme Polemik. Die deutsche Pflanzenscheitert wie ein wilder Hamster vor Wat, daß die Ermordung Ferrers von der Öffentlichkeit als ein Schandwerk der Waffen gebrauchsmacht wird. Bei der „Germania“ scheint die Wirkung besonders traurig zu sein. Sie schreibt:

Der Betrüger der Freimaurer- und Freidenkerverse amputiert das „armen Ferrer“ ist noch nicht zu Ende, er nimmt immer bedenklicher Formen an. Daß auch die jüdisch-republikanische „Frankfurter Zeitung“ dabei ist, versteht sich von selbst. Der latente antisemitische „Hannoversche Kurier“ löst in Gedanken alle anständigen Männer der spanischen Epantellen sich von den Schultern reißen (!) und spricht von einer zum Himmel fliehenden Schande (!); das latente antisemitische „Berliner Tageblatt“ schreibt von einer ziemlich vereinzelt dastehenden Schurke (!), die jüdisch-mohammedanisch-buddhistische „Postische Zeitung“ wünscht, daß die spanische Regierung über die Stimmung der „Blätter“ unterrichtet werde, die völlig heruntergekommenen „Freimaurer Zeitung“ versteigt sich zu folgender Gemeinheit. (Hier folgt ein Zitat.)

Ein Hauch schillernder Liebe weht uns an... Ob dieser katbolische Presbiterian auch jeden Morgen und Abend zum Herrn der Vergebung betet?

Antisemitische Exzesse. Mit dem Anglisten „Revolutionärer Wahnsinn überall!“ überbringt die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Lesern die Mitteilung, daß nun auch Richard Dehmelt, Gerhart Hauptmann, Max Fiedermann, Ernst Schell, Luiso Brenziano und Julius Meier-Graefe „vom Ferrer-Tumult ergriffen“ worden sind und eine Protestaktion der Intellektuellen gegen den spanischen Justizmord in die Wege geleitet haben. Die Redaktion des agrarischen Blattes verfaßt rein instinktmäßig sofort auf die Frage, wie man den ausfalligen Leuten nach preussischer Manier unheimlich werden könnte. Da nun die Leser der „Deutschen Tageszeitung“, selbst wenn sie sehr reich sind, Bilder von Liebermann oder Gedichte von Dehmelt ohnehin nicht kaufen, bleibt als Trost nur der, an eine staatliche Krippe angeschickte Luiso Brenziano übrig, der folgendermaßen apostrophiert wird:

Daß sich unter den sechs Unterzeichnern auch der bekannte Münchener Professor Luiso Brenziano befindet, ist immerhin bemerkenswert. Ein deutscher Hochschullehrer, der noch im Amte ist, sollte denn doch etwas vorsichtiger sein.

Die „Germania“ aber meint: „Auch in Deutschland sind einige latente antisemitische Exzesse... damit beschäftigt, künstliche Erregung in die Massen hineinzutragen.“ Dieser Satz legt die Vermutung nahe, daß der berühmte bayerische Landtagsabgeordnete Jozef Jäger die Stille seiner Tätigkeit nunmehr endgültig aus der Redaktion des „Sanitäts-Simplicissimus“ in die der „Germania“ verlegt hat.

Zentrum-Sozialpakt in der Kammer. Vor einem Jahre brachte der heilige Arbeitersektor und Zentrumstraktionsvorsitzende Fischer in Wülhausen (Elsass) im dortigen Gemeinderat den Antrag auf Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem sog. Center-System ein. Jetzt ist endlich als Ergebnis einjähriger Verhandlungen und Kommissionenberatungen der freien Gewerkschaften ein Entwurf zur Begutachtung vorgelegt worden. Und was ergibt sich? Der Entwurf ist nicht allzu abgefeilt, sondern der Arbeitslosenversicherungsordnung der Stadt Straßburg. Das Kartell der freien Gewerkschaften hat nun dann eine Reihe von Verbesserungsanträgen beifolgt und dem Bürgermeister eingebracht. Während der in der Mehrheit stehende Gemeinderat die Wünsche der Arbeiter auf Gehaltsverhöhung und dergleichen regelmäßig sofort, stimmend erledigt, verschleppt er diese Regelung für Arbeitslose in der Standstillen Weise.

Gegen das Zentrum. In einer wegen der Bäckereyerhöhung einberufenen Versammlung in Köln kam es zu tumultuösen Szenen wegen der Forderung des Zentrums zur Forderung. Ein Arbeiter, der bisher eifriges Mitglied des rheinischen Zentralkomitees der Zentrumspartei war, erklärte, daß er fernerhin dieser Partei nicht mehr angehören wolle.

Sie wollen den Bruch nicht haben. Die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ hatte die Behauptung aufgestellt, daß der der Erziehung bestellte Abgeordnete Bruch zur Fraktionsgemeinschaft der Reichspartei und der Reformpartei gehöre. Das Organ der Reichspartei „Die Post“ bringt nun eine Erklärung, in der sie der Behauptung der „Staatsbürger-Zeitung“ scharf entgegentritt. Die völlig selbständige Reformpartei, der Bruch angehört, hat mit der Reichspartei ein Abkommen dahin getroffen, daß für die Kommissionswahlen, die nach der Stürze der Parteien erfolge, die Stimmen der Reformpartei der Reichspartei zugerechnet werden. Dasselbe überläßt die Reichspartei der Reformpartei ab und um einen Sitz in einer Kommission. Es handelt sich also um eine rein äußerliche Verbindung, die in keiner Weise irgendwie als Fraktionsgemeinschaft bezeichnet werden kann.

Kandrat und Hansabund. Der Landrat des Kreises Teltow hat soeben an sämtliche Jünglinge seines Kreises ein Rundschreiben gerichtet, in dem er ihnen den korporativen Beitritt zum Hansabund und jeden Aufwand von Jünglingsmitteln für politische Zwecke verbietet. Er erklärt, daß der Hansabund, trotzdem er das Gegenteil versichert, der Geschichte seiner Entstehung und seinen Aufgaben nach als politische Organisation anzusehen ist.

Bayern und Rußland. Der gegen den russischen Auslieferungsvortrag gerichtete Beschluß des bayerischen Landtages hat in Petersburg eine starke Aufregung hervorgerufen. Eine radikale Zeitung, die „Nowoje Wremja“, fordert auf, die diplomatischen Beziehungen mit Bayern abubrechen. Die „Nowoje Wremja“ meint, daß Vorgehen des bayerischen Landtages am Vorabend der Durchreise des Zaren nach Italien bezweckt lediglich, die Entzweiung zu verhindern. Die deutschen Monarchisten, erregte Diener des Königs, scheitern dabei vor keinen kaiserlichen Maßnahmen zurück. In der russischen Duma wäre ein ähnlicher Fall unmöglich. Die russische Diplomatie werde daraus wohl die Lehre ziehen, künftighin ihre Weisheit, wie ihr politisches Programm nicht mehr jenseits von Ebnflüssen zu holen.

Freisinn und Nationalliberale in Hagen. Auf dem jüngstverbalten Parteitag (Siehe Zeits.) hatte der Redakteur Jung aus Köln behauptet, daß die Freisinnigen in Hagen die Nationalliberalen mit geschäftlichem Vorkott verfolgt hätten, wie es bisher nur bei den Sozialdemokraten üblich gewesen sei. Darauf antwortete die freisinnige Parteileitung in Hagen mit einer Erklärung, worin sie diese Behauptung Jungs als dreifache Unwahrheit bezeichnet.

Die Nationalliberalen haben den Freisinn arg in die Klemme gebracht, denn der Vorwurf des Vorkotts und der Terrorismus ist die letzte Waffe der Volkspartei gegen die Sozialdemokratie.

Ausland

Bar Nikolaus II. als Leser der Wiener Arbeiter-Zeitung. Ein russischer Genosse schreibt nach Wien: Das letzte Heft der von Wl. Buzgaw herausgegebenen Zeitschrift „Byloje“ bringt die Fortsetzung des „Carst-Bistof“, das ist derjenige Rapport, der der russische Minister des Innern auf Grund von Berichten seiner Agenten dem Zar Nikolaus II. vorlegt.

Im Rapport für die Zeit vom 24. Mai bis 16. Juni 1897 heißt es: Am 24. Mai 1897 (n. St.) fand in Wien unter Vorsitz der Reichstagsabgeordneten Daskynski und Rogatschewicz eine sozialdemokratische Volksversammlung statt, an der beiläufig 5000 Personen, darunter viele russische Studenten, teilnahmen.

Vor Eröffnung der Versammlung, die einberufen war, um Protest zu erheben gegen die Autokratie in Rußland, übergab die russische Unterdeputierte, die Jüdin Perel, Braut des gemeyenen Odessa der Universität in Noworossysk, daß sie immer aus Rußland ausgezogen Kapelusz, der sich kurzzeitig mit dem Transport verbotener Literatur nach Rußland befand, dem Abgeordneten Daskynski einen Brief des Emigranten Plechanow, der die Bitte enthielt, Daskynski möge in seiner Rede darauf hinweisen, daß die russischen Revolutionäre nicht nur einen sozialen, sondern auch einen politischen Kampf führen.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

(Nachdruck verboten.)

Die Franzel horchte und horchte, und in dieses Kindesherz, das noch keine Freude gekannt, brach ein Strahl unendlichen Glückes, der in ihrem Innern sich widerspiegelt.

Es war so schön, so schön! Sie sagte es nicht, sie schloß es nur. Langsam war sie von dem Ballen herabgesunken, sie sah auf dem dürftigen Grasboden und die Augen schließend, lehnte sie den müden Rücken gegen das Holz zurück. Sie war so wohlzufrieden und selig. Sie schloß auf, als sie sich zwei kräftigen Armen umfaßt fühlte. Es war der Andreas, der sich liebe herangelehnt und, sich neben sie ins Gras setzend, sie mit wildem Angeßtern an sich preßte.

Sie rief einen heiseren Laut des Schreckens aus und wollte sich ihm entwinden. Er legte diese vergesslichen Anstrengungen.

„Wohin Dich vielleicht gar wehren? Ei, ei, die ist fast! — richtig, ich muß sie loslassen!“ höhnte er.

Sie hielt sie an beiden Händen und zog sie nun näher gegen sich heran, ihr dabei mit einem heißen Blick in die Augen schend. „Du, ich sag' Dir's, jetzt wird's einmal erst mit uns, wir werden nicht immer wie Kinder mit einander spielen. Na, na, was soll das hier Schönen, glaubst, ich will Dich freisetzen? Nein, ganz haben will ich Dich“, und er schloß sie trotz ihres Sträubens auf den Mund. „Sag, sag, ist das nicht schön, sag, oder gefallt Dir's vielleicht nicht?“

Es brüllte das Kind, zu weinen, nein, ich will nicht — es ist schrecklich! — aber sie konnte keine Schreie, sie schrie sie vor ihm und so nicht sie belachend ihm zu.

Er ließ ihre Hände, deren Seelen so geworden waren, locker und sagte darauf: „Nun also, was machst Du für Gefährliches? Du weißt, wie ich an Dir hängt, ich mag kein Kindchen auf der Welt wie Dich, aber wenn ich weiß, daß Du auch nicht wie Du bist, so geht gegen mich, so —“

Sie hielt inne, seine Stimme ging in einem rauhen Schrei auf, aber in sein junges Gesicht trat etwas Neues, die Besinnung eines Schreckens, der, wenn er zum Ausbruch kam, irgendwas werden sollte für ihn und andere. Die Franzel schloß sich betreten und zugleich gerührt, und wenn ihre Augen bis zu ihr schreien, den jungen Mann angelockt hatten, so gaben sie jetzt einen Ausdruck von Liebe und Teilnahme.

Die Franzel rief und betrat den Kopf und sagte: „Sag, sag, ist das nicht schön, sag, oder gefallt Dir's vielleicht nicht?“

aber ich kann Dir nicht alles sagen und nicht alles beantworten.“

Er hörte nicht einen Laut von dem, was sie sprach, aber er nahm die Worte von ihren Lippen.

Ihre äusseren wohlgeübten Mund wußte so geschickt und ausdrucksvoll sich ihm verständlich zu machen.

„Warum kannst Du mir nicht alles sagen? Ich will alles wissen“, sagte er herrlich.

„Nun ja, dann will ich Dir alles sagen, soweit ich es selbst verstehen, verstehe sie begütigend, aber quäle Dich nicht immer, weil Du nicht hörst und glaube nicht, daß alle Leute nur von Dir reden und Schreies von Dir sagen.“

Schweigend fuhr sie über seine Hand, während ihre blauen Augen so bühnend ihn anblickten. Sie schienen ihre Wirkung nicht zu verfehlen.

Er setzte sich gerade und ruhiger neben sie und meinte: „Sprich mir weiter, sprich, Dich höre ich schon, und ich weiß immer, wenn Du die Wahrheit sagst.“

Vom Waide her kamen lustige Stimmen, und bald darauf wurden in einer Biegung des Weges einige Pärchen sichtbar.

Es waren die selbe Mirzel mit einer Freundin, beide sonntäglich gepulzt, mit bunten Bändern im Haar, die mit mehreren Arbeitern lachend und schäkend des Weges kamen.

Sie waren an den jungen Leuten vorbeigegangen, ohne sie zu beachten, als die Mirzel stehen blieb, sich nach ihnen umschau und hierauf gegen sie herankam.

„Bist schon wieder mit dem Fuben beisammen, ich hab' Dir's schon gesagt, es ist unnütz“, sagte sie laut und ungeniert, und wie der Zauber sich an sie hängt, wie eine Kette, armes Ding!“

Die Mirzel zwang die Köpfe, es mochte ihr vorkommen, als ob da nichts mehr zu machen sei und das Schicksal der Franzel bereits besiegelt wäre.

Andreas aber, der sie misstrauisch beobachtet, sagte die Franzel am Arm.

„Was hat sie Dir von mir gesagt, weshalb bedauert sie Dich?“

„Nichts, nichts“, begütigte diese.

Der Zauber schüttelte drohend die Hand.

„Sie soll uns nur beide in Ruhe lassen, sie soll sich in nichts hineinmischen oder —“ er ließ einen zornigen Blick aus.

In diesem Augenblick war die Franzel von neuem und diesmal in unmittelbarer Nähe zu spielen an.

Der Reiter hatte mit seinen Wustern das Haus verlassen und sie spielten, während sie den Weg herankamen.

Die Franzel schloß sich sofort den Spielern angeschlossen.

Die Franzel schloß sich dem Spiel angeschlossen.

„Wem spielt heute auf, Du mein Geralliebster?“

„Dir, Schägerl“, sagte er, das Waldhorn absetzend und das Mundstück vom Wasser reinigend, „beim grünen Ager“, wenn's Dir recht ist.“

„Suche!“ schrie die Mirzel, entzündet in die Hände schlagend, „da wollen wir uns auslanzen, ich bin heute grad dazu angelegt!“

Sie marschierte neben ihm her, in übermütiger Weise sein Blasen nachschaffend.

Als der Holbl die Franzel bemerkte, blieb er stehen.

„Scha, was ist's mit Dir, Meine?“ rief er in gutbetragter Fröhlichkeit, die auch dem Unbedeutendsten einen Anteil gönnt.

„Ich kann nicht — nicht nach Hause“, flüsterte das Kind, die Lippen hat den Schlüssel abgezogen.“

Der Reiter blühte von ihr nach dem Jungen hinüber.

„Dann komm mit uns.“

„Recht hast“, entzündete die Mirzel, „wir nehmen sie mit, sie soll auch einmal tanzen.“

„Aber ich — ich kann nicht — tanzen!“

„Keine Angst, das lernst man von selbst, schau nur auf mich.“

Es war ein Blick voller, aufrichtiger Bewunderung, der die Franzel auf ihre ältere Kollegin bestete.

Die Schamhaft und Gemüthsheit dieses Mädchens, ihr Mut und ihre Art imponierten ihr gleichermassen, und die Mirzel war diesem vollkommenen Kinde zum Ideal geworden, zu dem es glühend wie zu einem unerreichbaren Muster emporblickte.

Der Reiter hatte Franzels Hand ergreifen, um sie emporguziehen, und als Andreas eine Bewegung machte, als wollte er sich auf ihn stützen, um es zu verhindern, schloß ihm der Mann fest und fragend in die Augen, und mit einer Geste bedeutete er ihm, sich zu entfernen.

Der Junge stand einen Augenblick unschlüssig, dann beschloß er sich rasch um und war mit einem klugen Satz hinter Schranken und Gestrüpp verschwunden.

„Vor Dir hat sogar der Volkstanzel Reßel“, meinte die Mirzel lachend.

„Es ist besser, sie tanzt, als daß sie in der Nacht so verläßt und hinausgerhet vor ihrem Kiesel stößt, das arme Ding“, murmelte der Reiter mit einem Grinsen, den man bei ihm nicht gewohnt war, aber gleich darauf hohnte er lustig auf.

„Also vorwärts, meine Kinder, ins Waldhaus!“

Er setzte das Waldhorn an und eilte den vorausgehenden Spielern nach.

Sie marschierten unter den Klängen der Musik über die Brücke dem „grünen Ager“ entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

Mr. Sir, I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 11th inst. and in reply to inform you that the same has been forwarded to the proper authorities for their consideration. I am, Sir, very respectfully,
Your obedient servant,
J. H. [Signature]

Am 16. da Mts. verschied nach langen, schweren Leiden
die Frau unserer Kollegen Otto Ulbrich,
Pauline Ulbrich,
verw. gew. Nestroy, geb. Scholz,
im blühenden Alter von 28 Jahren. 4928
Ein ehrendes Andenken wird ihr stets bewahren
Das Fahrpersonal der Genossenschafts-
Brauerei Breslauer Gast- u. Schankwirte.
Beerdigung: Mittwoch, den 20. da Mts. nachm. 8 1/2 Uhr,
vom Trauerhause, Hubenstrasse 49, aus.

Am 16. da Mts. verschied nach langen, schweren Leiden
die Frau unserer Mitarbeiter Otto Ulbrich,
Pauline Ulbrich,
verw. gew. Nestroy, geb. Scholz,
im blühenden Alter von 28 Jahren. 4922
Ein ehrendes Andenken!
Die Brauer, Böttcher und Hilfsarbeiter der Genossenschafts-
Brauerei Breslauer Gast- und Schankwirte.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom
Trauerhause, Hubenstrasse 49, aus statt.

Am 17. Oktober verschied nach langem, schwerem Leiden
unser Kollege, der Zigarrenarbeiter
Gustav Marx
im Alter von 40 1/2 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes
Zahlstelle Breslau.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 20. Oktober, nach-
mittags 2 Uhr, vom Coseler Friedhof aus, statt. 4931

Stadt-Theater.
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
„Faust“.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
„Karmen“.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Siegfried“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Der Traum ein Leben“.
Samstag, 7 1/2 Uhr:
„Hoffmanns Erzählungen“.

Lobe-Theater.
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
„Die Geimar“.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
„Der fidele Bauer“.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Die geschiedene Frau“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Der fidele Bauer“.
Samstag, 7 1/2 Uhr:
„Die geschiedene Frau“.

Thalia-Theater.
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
„Die Dollarbräutigam“.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
„Die Dollarbräutigam“.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Die Dollarbräutigam“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Die Dollarbräutigam“.
Samstag, 7 1/2 Uhr:
„Die Dollarbräutigam“.

**Volks-Vorstellungen
im Thalia-Theater.**
Dienstag:
Gruppe A, 6. Vorstellung:
„Moral“.
Gruppe B, 6. Vorstellung:
„Moral“.
Mittwoch:
Gruppe A, 6. Vorstellung:
„Moral“.
Gruppe B, 6. Vorstellung:
„Moral“.

Schauspielhaus
Dienstag, 8 Uhr:
„Bergelmei“.
Mittwoch, 8 Uhr:
„Bergelmei“.
Donnerstag, 8 Uhr:
„Bergelmei“.
Freitag, 8 Uhr:
„Bergelmei“.
Samstag, 8 Uhr:
„Bergelmei“.

Liebig's Etablissement.
Bergelmei-Programm.
Ausschreibung.
Schauspielhaus.
Mittwoch, 8 Uhr:
„Bergelmei“.

Viktoria-Theater.
Schauspielhaus.
Blatzheim.
Mittwoch, 8 Uhr:
„Bergelmei“.

Möbel
Gute Waren spottbillig
auf
Abzahlung
Anzüge
Ueberzieher,
Kinderwagen
Anzahlung
Nebensache!
Max Biermann
52 Ring 52, 1. Etg.
neben der Stadthalle.
Filiale:
Balzburger i. Schl.
auch nach auswärts.

Breslauer Gewerkschaftshaus
Margaretenstrasse 17.
Sonntag, den 31. Oktober 1909, nachm. 3 1/2 Uhr
21. Volks-Konzert
unter Leitung des Dirigenten Herrn P. Rüster
arrangiert vom
Sozialdemokratischen Verein.
PROGRAMM: 4788
I. Teil.
1. Ouverture zur Oper „Hans Heiling“ . . . H. Marschner.
2. Largo . . . G. Haendel.
3. Fantasie aus d. Oper „Aida“ . . . G. Verdi.
II. Teil.
4. I. und II. Satz a. d. Violin-Konzert . . . Mendelssohn-Bartholdy.
(Herr Konzertmeister Hennrichs)
5. „Tasso“, I. Lamento e Trionfo . . . Fr. Liszt.
Symphonische Dichtung.
III. Teil.
6. Szenen aus der Oper „Lohengrin“ . . . R. Wagner.
7. Einleitung z. 5. Akt aus „König Manfred“ . . . K. Reinecke.
8. Seld umschlungen Millionen, Walzer . . . Johann Strauss.
Entree 30 Pf.
Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.
Programme sind bei den Distrikts- und Bezirksführern, in der Expedition der „Volkswacht“, im Gewerkschaftshaus, in den Sekretariaten, in den Verbandsbüros und bei den Kolporturen zu haben.

Zeltgarten
Dir.: H. Kresinik.
Täglich
Palmengarten
Dir.: H. Kresinik.
Täglich
Oktober-Fest
2 Kapellen.
9 Pf. Reformier 9 Pf.

Bettfedern und fertige Betten.
3716
Evo. Brandt.
Preisliste gratis und franko.
Julius Immergut.
Bresl., Neustadt 32/33.
Wenig gekocht, Kinderwagen zu verkaufen, Breitenburgerstrasse 3, IV. Et. Mader. 4925

Der Weg zur Macht
Eobben erschienen:
Karl Kautsky.
Preis 50 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.
Eduard Bernstein:
Die verschiedenen Formen
des Sozialismus.
Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Volksvorstellung 1909/10.
(Thalia-Theater).
III. Vorstellung.
Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 Uhr:
„Liebele“
von H. Schnitzler.
I. Rang 0,70, Parterre und Orchester 0,60,
Sperrsitze 0,50, Galerie 0,10 Mk.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Triumph.
Beinkleid aus einem vorzüglichen, ausser-
ordentlich haltbaren, echtem Strapazier-Zwirn-
buckskin in modernen, schönen Streifen-
mustern für
netto Mk. 5.25.
Diese Hose ist in allen normalen Grössen
vorrätig und wird durchschnittlich zu obigem
Preise, so lange Vorrat vorhanden, abgegeben.
S. Guttentag
Altstädterstrasse 3, I. bis III. Etage. 4905

Guy de Maupassant, „Das Haus Tellier“ und andere
Novellen.
„Dekoriert“ und andere Novellen.
„Yvette“ und andere Novellen.
„Vater Amable“ und andere Erzählungen.
„Im Familienkreise“.
Pro Band, brochiert, 25 Pfg.,
früherer Preis . . . 1,00 Mk.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Sechsen erschienen!
Sechsen erschienen!
Neue Welt-Kalender
1910.
34. Jahrgang.
Preis: 40 Pfennige.
Bei Bestellung nach untenstehenden Adressen wird ein Exemplar des
Kalenders gratis beige in den Briefkasten für Porto.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Elektrische Straßenbahn Breslau.
Omnibus-Verkehr.
Die neue Omnibus-Linie Ring-Pförschstrasse wird am
Donnerstag, den 21. Oktober, eröffnet werden. Dieselbe berührt
folgende Straßen: Nikolaistrasse, Königsplatz, Friedrich-Wilhelm-
strasse, Wachtelstrasse, Fichtergasse, Nikolaipark, Alsenstrasse, Unter-
strasse, Westendstrasse, Leutnantenstrasse bis Pförschstrasse.
Der Fahrpreis beträgt 5 Pfennig.
Im übrigen gelten die Bestimmungen wie für die älteren
Omnibuslinien, auch bezüglich der Umsteigebeurteilung von
Omnibus auf die Wagen unserer Bahn und umgekehrt.
4928 Die Direktion.

Wichtige Agitations-Literatur.
Ziele und Wege, Erläuterungen der sozial-
demokratischen Gegenwartsforderungen . . . —20
Stampfer, Religion ist Privatsache . . . —20
Erdmann, Der Schwindel der Moralisten . . . —35
Arbeiterpolitik . . . —35
Diehgen, Sozialdemokratische Philosophie . . . —30
Kautsky, Die Sozialdemokratie und die kath.
Kirche . . . —30
Nähle, Die Volksschule, wie sie ist . . . —30
Nähle, Die Volksschule, wie sie sein soll . . . —30
Brade, Nieder mit den Sozialdemokraten . . . —10
Frank, Die jugendlichen Arbeiter und ihre
Organisation . . . —25
August Müller, Gewerkschaften und Unter-
nehmerverbände . . . —30
Paul Kampffmeyer, Die Sozialdemokraten
im Lichte der Kulturentwicklung, ein Führer
durch die sozialistische Literatur . . . —50
Unser Kaiser und sein Volk, von einem
Schwarzfischer . . . 1,50
Das persönliche Regiment, v. Wilhelm
Schroder . . . 1.—
Das wahre Christentum als Feind von
Kunst und Wissenschaft . . . —15
Waren die Urchristen wirklich Sozial-
listen? . . . —15
Was haben die Armen dem Christen-
tum zu verdanken? . . . —20
War Jesus Gott, Mensch oder Ueber-
mensch? . . . —15
Donai, Wider Gottes- und Bibelglauben . . . —30
Diehgen, Die Religion der Sozialdemokratie . . . —25
Parvus, Die Arbeiterschaft und die Reichs-
tagswahlen . . . —30
Ein katholischer Pfarrer als Sozial-
demokrat . . . —10
Zu beziehen durch die
Volkswacht-Buchhandlung
Neue Grapenstrasse 5/6.

Gut erhaltene Remittenden-Exemplare!
Novellen
von
Walt Whitmann.
Mit einem Geleitwort von Johannes Schlaf.
Broschiert nur 50 Pfg., bisheriger Preis 1,50 Mk
Buchhandlung „Volkswacht“.

Die Storthingswahlen in Norwegen.

Die norwegischen Parteigenossen befinden sich gegenwärtig in der Wahlbewegung. Vom 2. bis zum 26. Oktober finden die Wahlen zum Storting statt. Sie beginnen im nördlichsten Bezirk, in Finnmarken; in Christiania fand die Wahl am 18. Oktober statt. Die ersten Wahlergebnisse aus Finnmarken liegen bereits vor: im östlichen Teil dieses Polargebietes wurde Genosse Saba mit einem bedeutenden Stimmengewinn wiedergewählt. Saba ist Vaphe von Geburt und vorläufig der einzige Parlamentsvertreter seines Volksstammes.

Überhaupt erhoffen unsere Genossen von diesen Wahlen nicht nur ein Wachstum der Stimmzahl, sondern auch eine Vermehrung der Mandate. Bisher hatten wir im Storting 10 Sitze von 123. Das Wachstum der Partei in den letzten Jahren berechtigt zu den besten Hoffnungen. Im Jahre 1900 erhielten wir nur 7013 Stimmen, die im Jahre 1903 auf 24.526 und 1906 auf 43.000 stiegen. Auch die Kommunalwahlen von 1907 lassen auf einen guten Ausgang schließen. Nicht weniger als 873 Vertreter der Partei sitzen in den Kommunen, davon 295 in den Städten und 578 auf dem Lande. Gegenüber den letzten Kommunalwahlen im Jahre 1904 hat sich die Zahl der Vertreter mehr als verdoppelt.

Ein weiterer Beweis des Wachstums unserer Partei ist der Fortschritt der sozialistischen Presse. In Norwegen erscheinen jetzt 5 sozialdemokratische Tagesblätter und 10 wöchentlich ein- oder mehrere Male erscheinende Zeitungen. „Sozialdemokraten“ in Christiania hat 13.000 Abonnenten, „Arbeider“ in Bergen 3500 und „My Tid“ in Trondhjem 6000 usw.

Auch die gewerkschaftliche Bewegung hielt gleichen Schritt mit der politischen. Dem vor nunmehr zehn Jahren gegründeten Gesamtverband der norwegischen Gewerkschaften gehören jetzt 50.000 Mitglieder an, während außerhalb des Gesamtverbandes noch fünf ebenfalls sozialistische Gewerkschaften mit circa 9000 Mitgliedern stehen.

Eine besondere Bedeutung erhalten die diesmaligen Wahlen durch die Beteiligung der Frauen an der Wahl. Es ist das erste Mal, daß die Frauen bei den Storthingswahlen mitwählen, und man ist allgemein gespannt, ob durch die Beteiligung der Frauen an der bisherigen Zusammensetzung des Storthings etwas geändert wird. Norwegen ist nun das zweite unter den skandinavischen Ländern, in dem die Frauen das Reichstagswahlrecht besitzen. In Finnland, wo das Frauenstimmrecht seit ein paar Jahren eingeführt ist, haben besonders die Proletarierfrauen sehr schnell gelernt, sich dieser Waffe zu bedienen. Wie in dieser Beziehung die Wahl in Norwegen ausfällt, ist ungewiß, es ist bis jetzt noch nicht einmal bekannt, wo und in wieviel Kreisen Frauen als Kandidaten aufgestellt sind. Unsere Parteigenossen in Tromsø haben in der Person der Genossin Garfield, Redaktionsmitglied des Parteiblattes „Nordlicht“, den ersten weiblichen Kandidaten nominiert.

Uebrigens ist das Wahlrecht der Frauen von einem gewissen Steuerzensus abhängig. Jede Frau muß in den Städten 400, auf dem Lande 300 Kronen versteuern; ist sie verheiratet, dann genügt es, wenn der Mann die betreffende Summe versteuert. An dieselben Sätze ist auch das Kommunalwahlrecht der Frauen gebunden. Dadurch werden viele Frauen ihres Wahlrechtes beraubt.

In dem Bestreben, die norwegischen Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten, hat der Liberalismus im Laufe der Jahre der Arbeiterchaft verschiedentlich Kon-

zessionen auf politischem und ökonomischem Gebiete gemacht; in erster Linie das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen in Staat und Kommune. Mit der Fabrikinspektion und der Unfallversicherung hat man den Anfang in der sozialen Reform gemacht, die mit der wachsenden Stärke der Sozialdemokratie immer mehr ausgebaut wurde. So hat man im letzten Storting die Unfallversicherung ausgedehnt auf die Malbarbeiter und die Fischer. Weiter hat man das Gesetz über die Arbeitslosenklassen dahin erweitert, daß der Staat ein Drittel der von den Arbeiterverbänden an Arbeitslose gezahlten Summen zurückerstattet. Auch zur Erwerbung eigener Wohnungen sind Erleichterungen für Arbeiter bestimmt worden, indem der Staat Darlehen bis zur Hälfte des Wertes gibt, um dem Arbeiter den Bau eines eigenen Hauses zu ermöglichen. Auch im Volksschulgesetz sind durchgreifende Änderungen getroffen worden. Die Schülerzahl einer Klasse darf 40 nicht übersteigen, und das Verbot gegen die Ausbeutung der Schulkinder durch Heranziehung zu gewerblichen Arbeiten ist verschärft worden.

So sind durch das Drängen unserer Fraktion eine Reihe guter Gesetze für die Arbeiter im letzten Storting entstanden. Und die Liberalen mußten mitunter, wollten sie nicht die Unterstützung der Fraktion verlieren, die für den Bestand des liberalen Ministeriums von Nutzen sehr notwendig war. Und doch kann man dem verflochtenen Storting keine allzu große Arbeiterfreundlichkeit nachsagen, und eine besonders feindselige Haltung zeigte es gegenüber der sozialdemokratischen Fraktion. Die sozialdemokratischen Abgeordneten wurden systematisch von den Kommissionsen ferngehalten, die gerade die Arbeiter am meisten interessierenden Vorlagen zu beraten hatten. Auch bei den Plenarverhandlungen hat die bürgerliche Mehrheit fast immer die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Sie wollte offenbar zeigen, daß sie die Sozialdemokratie im „demokratischen“ Norwegen für überflüssig hält. „Das machen wir alles schon allein!“

Der Norweger hängt mit großer Liebe an seiner romantischen Heimat und ist patriotisch veranlagt. Das verstand bisher die bürgerlichen Parteien recht gut auszunutzen. Dazu kam der Gedanke der Losreißung von Schweden, die nationale Selbstständigkeit, die Freiheit auf breiter demokratischer Grundlage! Das alles waren verlockende Klänge auch in den Ohren der Arbeiter. Dagegen konnte unsere Partei wenig ausrichten. Ihr Grundsatz der Internationalität galt dem auf sein Land stolzen Norweger nichts!

Jetzt, nachdem die Selbstständigkeit errungen ist, die erträumten und erhofften Vorteile aber ausbleiben, ja, der kleine Mann noch tiefer in seinen Teufel greifen muß, um den „Glanz der eigenen Krönung“ heller erstrahlen zu lassen, jetzt kommt allmählich die Ernüchterung. Und noch ein weiterer Entwicklungsprozeß macht sich mehr und mehr bemerkbar: Das Erstarken der Industrie. Der Hauptnahrungserwerb des Norwegers, der Fischfang, garantiert eine gewisse demokratische, gleichberechtigte Existenz, nun kommt allmählich die moderne Industrie, die nur Unternehmer und Arbeiter kennt, und das gibt dem ganzen Gedankengang des Norwegers einen gewaltigen Stoß. Kleinge elektrische Kraftstationen und Bergwerke sind im hohen Norden im Entstehen begriffen und teilweise schon im Gang, und das herrliche Auftreten der Kapitalisten treibt die Arbeiter zusammen, gibt ihnen eine andere Gedankenrichtung.

Und so sehen unsere norwegischen Genossen mit frohem Mut dem Ende des Wahltermins entgegen.

Später wird dem „Vortwärts aus Christiania“ geschrieben:

Gewählt wurde bis jetzt in 31 Kreisen, und in diesen ist die Stimmzahl unserer Partei seit den vorigen Storthingswahlen im Jahre 1906 von 8500 Stimmen auf 18.000 gestiegen! In einer großen Anzahl von Kreisen sind Storthingswahlen notwendig, und in mehreren dieser Kreise hat der sozialdemokratische Kandidat die höchste Stimmzahl erhalten. Von den bisherigen Vertretern unserer Partei ist bis jetzt außer dem Genossen Saba noch Genosse Saba in Bergen wiedergewählt. In zwei anderen von den vier Wahlkreisen Bergens haben unsere Kandidaten die höchste Stimmzahl, jedoch nicht die absolute Mehrheit erreicht, so daß die Stichwahl entscheiden wird. Sozialdemokratische Stimmen wurden in dieser zweitgrößten Stadt des Landes bei den vorigen Wahlen 3000 abgegeben, diesmal 7200! In Stavanger und in Christiania haben unsere Genossen ebenfalls die meisten Stimmen erhalten, und auch in diesen Städten sind Stichwahlen notwendig.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Oktober.

Geschichtskalender.

20. Oktober.

1892 Der Afikareisende Emin Pasha (Eduard Schnitzer) in Afrika ermordet.

* Zu unserer Ferrer-Rundgebung in Breslau.

Schon auf die Ankündigung unserer Breslauer Massenprotestes gegen das spanische Bluturteil sind Herrn Prediger Tschirn nicht nur Notizen aus den entferntesten Gegenden Deutschlands, sondern auch Zustimmung von jenseits der Grenzen des Deutschen Reiches zugegangen:

Aus Wien schrieb Herr Professor Dr. Molin:

Sehr geehrter Herr!

Im Geiste mit Ihnen am Sonntag während der erhabenen Ferrer-Feier. Hoch die freie Gedanke! Hoch die freie Religion! Hoch die freie moderne Schule!

Aus Glavabel bei Davos in der Schweiz traf folgendes Schreiben ein:

Herrn Prediger Tschirn, Präsident des deutschen Freidenkerbundes, Breslau, Stabellment „Lehrer Heller“. Durch die Zeitung erfahre ich eben, daß in Breslau eine Protestversammlung wegen der Erschießung Ferrers stattfindet. Es ist im Deutschen Reich die erste Rundgebung in dieser Angelegenheit. Als deutscher Reichsangehöriger schließe ich mich Ihnen an. Weber bin ich ein Feind der bestehenden Religionen, noch der katholischen als solcher, weder ein Feind des Monarchen, noch Freund der Revolutionen. Doch ist diese Tat schmachvoll, in ihrer Ungeheuerlichkeit aber für ein ganzes System bezeugend, mit dem jeder Pakt nur zum Verderben führen kann. So stimme ich denn ein in den allgemeinen Schrei des Jornes. Dito Herr v. Taube. Halle a. S., J. Glavabel usw.

Das Echo der Schüsse von Monjuich, die Ferrers Leib zerrissen, löst eine Lawine von Empfindungen in allen Völkern aus. Die Moral des klerikalen Systems steht gerichtet vor aller Welt! So wirkt der tote Ferrer mehr als der lebende!

Das Breslauer Volksblatt, die „Schlesischen Nachrichten“, steckt angesichts der antiklerikalen Rundgebungen eine besonders einfältige Nase auf. Von der Versammlung im Konzerthause schreibt es, daß sich „eine größere Zahl von Freidenkern und solchen, die bei jedem Rabau dabei sein müssen“ eingefunden hätten. Ausgerechnet also die Konzerthäuserbesucher sind Rabaudrücker! Wir können das nur so verstehen, daß die bürgerlichen Kreise, die im Konzerthause versammelt waren, nicht genügend Mut zu einem energischen Entschluß befehlen haben und deshalb von dem Blatte nicht ernst genommen werden. Den Arbeitern gegenüber wag man derartiges schon nicht, da man weiß, daß von hier wirksame Gegenschläge fallen.

Die Erziehung durch Geschwister.

Bedauernswert jedes Kind, das das einzige Kind seiner Eltern ist. Die Mutter verhätselt es und der Vater vergöttert es. Und beide behandeln das arme Wündchen als Kind nur, solange es noch in den Windeln liegt. Sie übermühen sein kleines Gehirn, sie mühen ihm frühzeitig das Verständnis eines Erwachsenen zu. Das Ergebnis sind die verzogenen, die unglücklichen und die frühreifen Kinder!

Aber wo Geschwister sind, da geht die Erziehung im ganzen doch sehr viel natürlicher vor sich. Unmerklich erleben die Großen die Kleinen und die Kleinen die Großen. Und zwar dadurch, daß alle lernen müssen, wie man bei einmal gegebenen Verhältnissen mit einander auskommen muß. Die Köpfe stoßen schon manchmal hart gegeneinander, aber da man sie doch nicht einrennen will, findet sich schließlich meist eine Verständigungsmöglichkeit. Auf bittere Feindschaft folgt wieder heiteres Zusammenleben. Denn Kinder sind rachsüchtig und tragen nicht nach. So regeln sich viele Differenzen, ohne daß die Eltern nötig haben, sie vor ihren Richterstuhl zu holen und zu einer großen Angelegenheit zu machen. Und selbst wenn das natürliche Gerechtigkeitsgefühl der Kinder sich gelegentlich als mangelhaft erweist, wenn die rohe Gewalt der Großen das Feld behauptet, selbst dann bleibt die Wirklichkeit, die Realität des Lebens immer noch besser gewahrt, als wenn ein Mutterföhrchen gegen jeden Windzug vermurrt wird. Unter allen Umständen steht das Kind mit Geschwister in einer natürlicheren Art des Gemeinschaftslebens als das Kind ohne Geschwister.

Aber die Erziehung durch die Geschwister hat auch ihre bösen Nachteile. Zunächst dann, wenn sie gar zu sehr überhand nimmt und die Erziehung durch die Eltern gar zu sehr zurücktritt. Und das ist überall da, wo die Eltern durch Gewerksarbeit oder Hausarbeit ausgereizt in Anspruch genommen sind. Um sich Zeit zu schaffen, lassen sie die älteren Kinder ihre Stellvertreter in der Erziehung sein. Ob sie das unbedingt tun oder mit Sorgen: sie müssen es einfach oft genug. Und sie glauben die Kleinen immer noch am besten aufgehoben, wenn sie sie den eigenen Geschwister anvertrauen.

Aber alle Geschwisterliebe reicht nicht aus, um so einen einjährigen oder zehnjährigen Schlingling immer zu verstehen. Es reicht ja wie oft auch die Mutterliebe nicht aus dazu. Und dann gehen ungewollte und unbegriffene Vorurteile und Bosheiten, die für die Kleinen aber doch viel Angst, Unbehagen und Leid bedeuten. Zum Beispiel so: Die Großen haben den Kleinen im Sportwagen mit auf die Räder genommen. Nun

benutzen sie diesen Wagen zu einem für sie sehr lustigen Spiel. Immer einer der Großen muß sich hineinsetzen, wird in rasendem Tempo dahingefahren und dann plötzlich herausgestürzt. Der Kleine trippelt hinterher, aber er weicht heftig, wenn die anderen freischend und lachend den umgeschlagenen Wagen umtanzeln. Ganz offensichtlich ist er über jeden solchen Sturz sehr erschrocken, weil es sein Wagen ist, in dem er sonst selber sitzt. Aber die Großen Kinder alle miteinander kommen auf diese Vermutung nicht: sie meinen eher, der Kleine müsse doch mitlachen und empfinden ihn als eine Art Spielverderber. Sie herrschen ihn unfeindlich an und vermehren nur seine Furcht.

Später wird das Kleine wieder in den Sportwagen gehoben und eines der Kleinen wirft es hin und her, natürlich in der wohlgemeinten Absicht, es zu erheitern. Aber das Kind schreit wie außer sich. Wieder ist ganz zweifellos, daß es nach der Erinnerung daran hat, wie vorher die Großen Kinder aus diesem Wagen herausgestürzt wurden. Und wieder können die zehn- und zehnjährigen Geschwister nicht begreifen, warum das Kind so aufgeregt ist. Sie schauen es mehr und treiben es nur zu größerem Entsetzen, denn es fürchtet nun erst recht, herauszufallen. Schließlich nehmen sie das Kleine auf gut Glück wieder heraus und treffen damit zufällig das richtige Mittel, es zu beruhigen. Aber was muß das arme Ding erst ausgedauert haben in seiner Angst und seiner Unfähigkeit, sich seinen harmlosen Peinigern verständlich zu machen. Ist es nicht schauerhaft einbringlich, was solche ganz gewöhnlichen und alltäglichen Szenen bedeuten? Eine ungeheure Fülle von Kinderjammer erträgt die heutige Gesellschaft. Die eine Hälfte, ohne zu wissen, was dabei gesündigt wird, die andere ohne daran zu denken, wie das anders werden müßte.

Und die Eltern selber, die Kinderreichen, die proletarischen? Ach, sie sollen doch nicht glauben, die Sache sei erledigt, wenn sie die Großen grüßlich verprügeln für Ungehörigkeiten an den Kleinen. Auch die Großen sind ja Kinder, und Kinder, die um ihre Jugend mindestens zum Teile betrogen werden. Verlangt daher für sie alle, für die Kleinen wie für die Großen, von der Gesellschaft Einrichtungen, die im Grunde das Kind ehren und glücklich machen: Kindergärten und Schulheime.

Aus aller Welt.

Ein „Medium“ entlarvt. Am Sonntag Abend wurde in Berlin ein bekanntes „Medium“ entlarvt und verhaftet: die Frau Anna des Magneten und Magneten Paul Abend aus der Bremerstraße, die mit ihrem Mann und einer Tochter dort wohnt

und in Spiritistenkreisen sehr angesehen ist. Sie hatte täglich, den Donnerstag ausgenommen, von 2 Uhr an Empfangszeit, veranstaltete auf diesen Sprechstunden aber auch noch größere Sitzungen. Für diese ist ihr Wohnzimmer nach Art eines Theatersaal eingerichtet. Die Wände waren ihrer Besucher und Anhänger. Stuhlreihen reichten bis nahe an die Eingangstür heran. Diese füllte ein Paravane mit rotem Fries bis auf eine runde Öffnung aus, in der der Geist zu erscheinen pflegte. Dem Sitzungsraum gegenüber auf der anderen Seite des Flures lag ein kleines Ankleidezimmer für das Medium und dessen Mann. An der Eingangstür prangte ein Plakat über dem Schilde Abends. Seine Aufschrift lautete: „Geben e. schienen sensationelles Buch Spiritismus, Lehre vom Geist durch das Medium Anna Abend. In beliebigen vom Herausgeber im Selbstverlag Paul Abend.“ Wohl jeder Besucher hat sich dieses Werk gekauft. Es kostete 4 Mk.

Sonntag Abend um 7 Uhr veranstaltete Frau Abend wieder eine Sitzung. Gegen zwanzig Personen nahmen daran teil, meist Frauen und junge Mädchen, aber auch einige Männer. Die Sitzung war nur für einen engeren Kreis bestimmt. Trotzdem gelang es auch dem Kriminalkommissar Leonhardt, Zutritt zu erhalten. Er verfolgte mit dem größten Interesse die Vorgänge und griff blitzschnell ein, als das Medium sich in einen Geist verwandelt hatte, um Mitteilungen aus der Geisteswelt zu machen. Wie die Entladung zeigte, war die Geisteswelt gar nicht geisteshaft. Ein leuchtender Schleier, den das Medium im Ankleidezimmer hatte, genügte, um mit einem Holzkopfs und entsprechender Verdunkelung und Beleuchtung des vorangegangenen. Frau Abend gestand, daß sie den Schleier hin und wieder benutzt habe, wenn der Geist nicht so recht kommen wollte. Ihr Mann tat sehr erstaunt, als ob er an die übernatürliche Kraft seiner Frau fest geglaubt hätte. Das Ehepaar wurde wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges von mehreren Kriminalbeamten verhaftet und nach dem Berliner Hofgericht gebracht. — Das Eingreifen der Kriminalpolizei rief unter den „Gläubigen“ zunächst einen Enttäuschungssturm hervor. Sie wollten dadurch nicht glauben, daß ihr bewährtes Medium geschwindelt habe. Auch dann noch nicht, als der Kriminalkommissar einen deutlichen Beweis für das Schwindelgebahren, den Geistesfächer, allen zeigte. Das Medium selbst, das durch den Eingriff der Kriminalpolizei bald aus dem Empfangszimmer entfernt worden war, verhielt sich ruhig und heilig, als es nicht Schwindelgebahren begangen habe. Einige Anwesende bestanden dem Ehepaar, dessen Unschuld sie ebenfalls betrauten und dessen Geisteskräfte sie sehr bewunderten, sofort ihre Unterstützung zu. Sie konnten aber nicht verhindern, daß die Geisteswelt mit ihrer Pracht nach dem Polizeieingreifen sofort abgebaut wurde.

*** Die Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter** bringt täglich neue Reibung zwischen Geschäftsleuten und Behörden hervor. Wir berichteten bereits darüber, daß die arbeitslosen Tabakarbeiter in fast allen Fällen nur volle Wochen entlohnt werden, die überschüssigen Tage aber einfach als nicht vorhandene Tage angesehen werden. Dagegen werden die Quittungen, welche die Empfänger zu unterschreiben haben, mit den vollen Daten ihrer Arbeitslosigkeit ausgefüllt, nicht nur mit den Daten über die wirklichen Unterstützungsstage. Als sich einer der Unterstützten weigerte, diese unrichtige Quittung zu unterschreiben, kam es zu hitzigen Auseinandersetzungen und man drohte ihm, einfach gar kein Geld auszuhandeln. Die Quittung wurde darauf unter Protest unterschrieben und sofortige Beschwerde eingelegt. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen fuhr der auszahlende Beamte den Tabakarbeiter an: „Wie stehen Sie denn überhaupt da? Mit den Händen in den Taschen!“ Er war aber an den Unrechten gekommen, der ihm klar machte, daß er ein organisierter Arbeiter, aber kein Rekrut vom Kasernenhofe sei. Auch sonst scheinen einzelne Beamte sich in Dinge zu mischen, die sie nichts angehen. So wurde eine Arbeiterin dieser Tage darauf verwiesen, sie solle zu Barasch als Kaufmädchen gehen! So verfahren die Beamten des Staates mit den durch die Maßnahmen desselben Staates arbeitslos gemachten Proletariern.

Einem anderen Kollegen hatte man nicht nur die volle Woche, sondern auch die überschüssigen Tage der Arbeitslosigkeit ausbezahlt. Als dies ruchbar geworden war, rückte ihm ein Steuerbeamter auf den Leib, er sollte etwas über eine Mark zurückbezahlen. Aber wo „nichts ist“, hat der Kaiser das Recht verloren“ und bei einem beschäftigungslosen Tabakarbeiter „ist eben nichts“. Zudem hat der Mann ja nur erhalten, was sein Anspruch war und es ist uns rätselhaft, auf welcher gesetzlichen Bestimmung die Rückforderung gestützt wird.

*** Für wen gewisse „Kranken“-Kassen einen großen Wert besitzen**, zeigt eine Annonce in der „Frankfurter Zeitung“ mit folgendem Wortlaut:

Direktorgesucht.
(Erkrankt.)

Hochansehene Krankenkasse in Süddeutschland, die einen jährlichen Zugang von 18.000 Mitgliedern zu verzeichnen hat, ist gegen bar für 60.000 Mark zu verkaufen. Einkommen des jetzigen Direktors jährlich 12. bis 15.000 Mark und 10 Reisen. Offerten von Bewerbern an die Exp. d. Bl. unter E. 3. 10.265 erbeten.

Gelungen ist schon, welcher Unfug mit dem Titel „Direktor“ hier gemacht wird. Der Herr „Direktor“ ist weiter nichts als der Käufer und Besitzer der Kasse, der mit den eingegangenen Geldern so ziemlich machen kann, was er will, da bei diesen Kassen die Versicherten absolut keinen Einfluß haben. Das Institut wird verkauft wie ein Haus oder sonst etwas. Sehr oft erleben die dummen Teufel, die durch gewissenlose Agenten zur Mitgliedschaft gelodert werden, bittere Enttäuschungen, wenn sie mal krank werden. Durch versteckte Klauseln in den Bedingungen werden sie „abgewimmelt“ und können sehen, wie es ihnen geht, da die Kasse selbstredend nur auf solche Mitglieder reflektiert, die zahlen, und nicht auf solche, die etwas wollen. Mittlerweile lebt der Herr „Direktor“ mit seinen Komplizen herrlich und in Freuden, sie können sich Equipage und Maitressen halten. Sehr oft wurde bei Konfursen von Schwindelkrankenkassen nachträglich festgestellt, daß der Börsenanteil der Mitgliederbeiträge für Gehälter und sogenannte Verwaltungskosten, Epesen usw. draufgegangen ist. Auch hat man schon erlebt, daß die Mitglieder nach dem Konkurs noch draufzahlen mußten. Besonders hervorgehoben wird in dem Inserat der jährliche Zugang von 18.000 Mitgliedern. Darin besteht in der Tat das Hauptgeschäft. Die Eintrittsgebühren und Beiträge der durch glänzende Versprechungen neu Eingefangenen müssen das Geld bringen. Wollen die Mitglieder aber Krankengeld beanspruchen, so wird es ihnen in den allermeisten Fällen durch allerlei Ausflüchte verweigert. Das ganze System derartiger „Kranken“-

kassen läuft, wie schon so oft gesagt, auf Schwindel hinaus, dem leider die Behörden nicht scharf genug auf den Leib rücken.

*** Auch um die Verbrauchsteuer** muß die Revision kämpfen. Dem Vertreter der Steuer zu erfahren, steht der preussische Finanzminister folgende Verfügung in Sachen der Verbrauchsteuer entgegen:

Die dem Herrn Reichskammerpräsidenten (Reichsschatzamt) unter dem 1. April 1913 an den Finanzminister des Reichs, Berlin W. 57, Wilmstraße 27, mitgeteilt worden ist, soll dieselbe die Aufsicht bestehen, daß das Weidwerkzeug von verbrauchten Glühlampen durch Einfügen neuer Glühlampen oder durch Reinigen der schwarz gewordenen Glühlampen und darauf folgendes Wiederaufstecken nicht als Versteigerung im Sinne des Verbrauchsteuergesetzes gelte, sobald derart wieder hergestellte Lampen unmittelbar in den Verkehr gebracht werden. Diese Aufsicht ist weiter in der Weise noch in technischen Verhältnissen begründet. Sowohl die Lampen, deren Glühlampen durchgebrannt, als diejenigen, deren Glühlampen ausgetauscht sind, werden technisch als „verbrauchte“ bezeichnet. Wenn sie wieder gebrauchsfähig gemacht, so ist dies der Glühlampe neuer Lampen gleich zu achten. Die Lampen sind alsdann als neue Lampen zu versteuern, sobald sie aus dem Rahmen des Weidwerks, in dem die Versteigerung oder Wiederversteigerung erfolgt ist, entfernt werden. Auch jene Lampen, die vor dem Gebrauche (etwa während der Versteigerung) oder nach kurzem Gebrauche unbrauchbar geworden sind, können nach ihrer Wiederversteigerung nicht unsteuerfrei in den Verkehr des Handels gebracht werden, da für die auf diese Art unbrauchbar gewordenen Lampen den Versteigern gemäß § 4 des Gesetzes und § 12 der Ausführungsbestimmungen eine Vergütung der entrichteten Steuer in Form eines Pauschalbetrages gewährt wird.

*** Die zollfreien Zigarren der Reisenden.** Die Versteigerung der Zigarren der Reisenden regelt eine neue Verfügung des Finanzministers. Die Bestimmungen des Zolltarifs über die zollfreien Waren im eingehenden Waren sind durch das neue Tabaksteuergesetz und dessen Ausführungsbestimmungen für Zigarren nicht aufgehoben. Zigarren, die im Reiseverkehr eingebracht werden, unterliegen dem Zollzuschlag nur dann, wenn sie nach den geltenden Bestimmungen gewöhnlichshandelsmäßig sind. Hiernach bleiben nach wie vor alle Zigarren zollfrei, die in Mengen unter 50 Gramm eingebracht werden. Im Reiseverkehr bleiben alle Zigarren frei, die der Reisende zum eigenen Verbrauch während der Reise mit sich führt. Bringt ein Reisender eine größere Zahl von Zigarren ein, dann muß er für die ganze Menge außer dem Gewichtszoll den Zollzuschlag von 1000 Mark für einen Doppelzentner oder, wenn es mehr als 100 Stück sind, den Zollzuschlag von 40 vom Hundert des Wertes der Zigarren entrichten. Es fragt sich, welche Mengen man als Reisebedarf betrachten will. In anderen Ländern ist die Zahl der mitgeführten Zigarren genau bestimmt. In Frankreich sind es 30 Stück, in Österreich-Ungarn nur 10.

*** Deutschnationale Versammlung in Ostschon.** In diesem Licht bei Breslau gelegenen Dorfe war am Sonntag die erste öffentliche politische Versammlung möglich geworden, nachdem das Müller'sche Lokal der modernen deutschen Arbeiterschaft seine Pforten geöffnet hat. Rabeck hatte sich die Arbeiterschaft von Ostschon und aus den umliegenden Dörfern zu dieser Versammlung eingeladen. Genosse Th. Müller aus Breslau referierte über die neue Finanzreform und deren Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Debatte. Nach einem kernigen Schlusssatz des Referenten trat der Schluß der Versammlung ein.

*** Wohnungsgeldzuschüsse in Preußen.** Die preussische Regierung hat die Absicht, dem Landtage eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die Wohnungsgeldzuschüsse konform den für das Reich geltenden Bestimmungen auch in Preußen geregelt werden sollen.

Für die meisten Orte wird eine Erhöhung des Wohnungsgeldes eintreten, dagegen kommen auch Orte in Frage, für die eine Herabsetzung des Wohnungsgeldes vorgenommen wird. Die preussische Regierung hält grundsätzlich daran fest, daß ihre Beamten nicht besser gestellt werden dürfen, als wie die Reichsbeamten es sind.

*** Erhöhung der Arzneitage.** Die Apothekenbesitzer sind bestrebt, in möglichst kurzen Zwischenräumen eine Erhöhung der Arzneitage bei den Landesregierungen durchzuführen. In der letzten Sitzung des preussischen Apotheken-Kammer-Ausschusses konnte die für Apotheker sehr erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß das Ministerium geneigt ist, einer weiteren Erhöhung der Arzneitage die Zustimmung zu erteilen.

*** Die Breslauer Hof- und Wagenschmiede** hielten am Sonnabend eine Versammlung ab, in der der Kollege Peukert zunächst über die Beschwerde beim Magistrat gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse der Schmiede berichtete. Die Beschwerde stützte sich auf eine Ausrufung des Kollegen Simon in einer Versammlung, nach der ein Mitglied genannter Kasse während seiner Krankheit gearbeitet haben sollte. Der Kassenvorstand hatte aber von einer Verletzung dieses Mitgliedes Abstand genommen, weshalb die Sache dem Magistrat unterbreitet worden ist. Die Beschwerde ist ohne Erfolg geblieben, weil Simon keine Behauptungen vor den maßgebenden Instanzen nicht volinhaltlich aufrechterhalten konnte.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch der schlichten Finanzlage dieser Krankenkasse gedacht und den Kollegen empfohlen, für die nächste Generalversammlung geeignete Beiträge bereitzustellen und diese Generalversammlung zahlreich zu besuchen.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit dem Gutachten eines hiesigen Notars, das dieser vor dem Gewerbegericht über das Verhängen der Pferde und die an einen Beschäftigten zu stellenden Anforderungen erstattet hatte. Die Versammelten waren der Ansicht, daß es nach diesem Gutachten überhaupt kein Verhängen mehr wagen dürfe, sich als Beschäftigter zu bezeichnen. Es wurden auch einige Fälle angeführt, die beweisen, wie sehr die Notariate in ihren Ansichten irren können. Verschiedentlich haben Notariate bei Lohnarbeiten Verhängungen festgestellt und nachträglich stellte es sich heraus, daß die Lohnarbeit ganz andere Verhältnisse gehabt hatte, die von dem Schied von Notaren als solche benannt worden war. Deshalb müssen in solchen Fällen Sachverständige aus dem eigenen Berufe angerufen werden.

Des Weiteren wurde Aufschluß verlangt über eine Sammlung, die einige Schmiehe beim Todesfalle eines Kollegen vorgenommen hatten, um dem Verstorbenen einen Kranz zu widmen. Dabei stellte sich heraus, daß das gesammelte Geld zu dem gedachten Zwecke nicht ganz verbracht und der Rest von den an der Beerdigung beteiligten Kollegen entgegen einem früheren Gebrauch verzehrt worden ist. Es wurde beschlossen, daß in Zukunft derartige Sammlungen unterbleiben und die Kollegen auf solche Listen nichts zu zeichnen haben. Wer auf die Ehrenbeurteilung der Kollegenkassen beim Ableben rechnet, der solle sich dem Schmieheverband anschließen, dann wird sie ihm auf Verbandskosten Anteil. Nach der Versammlung blieben die Anwesenden noch in gemütlicher Weise beisammen und ist zu wünschen, daß in Zukunft alle Versammlungen in derselben harmonischen Weise verlaufen mögen.

*** Zum Streit der Handwerkschmiede.** Trotz größter Bemühung des Vorsitzenden des Verbandes, Verhandlungen mit den Fabrikanten anzubahnen, scheiterten diese an der Parteilichkeit letzterer Herren. Diese wollten auf keinen Fall mündlich mit den Arbeitern verhandeln. Am 15. Oktober fand eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht statt. Der Vorsitzende, Herr Dr. Braeklein, erklärte zunächst, daß ein Zwang, sich zu einigen, den streitenden Parteien vor dem Gewerbegericht nicht auferlegt werden kann, doch liege es im Interesse beider Parteien, wenn eine Einigung zustande käme.

Vertreter der Arbeitgeber erklärten, daß sie in Anbetracht der schlechten Geschäftslage nur bereit wären vom 1. Oktober 1909 bis Oktober 1910 12 Pfg. pro Tagend, von da ab bis 1. April 1911 weitere 12 Pfg. pro Tagend anzulegen. Die Vertreter der Arbeitnehmer waren bereit, um eine Einigung zu erzielen, dieses Angebot anzunehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Ablauf des Tarifes auf den 1. Oktober 1912 falle. Das wurde von Seiten der Fabrikanten aber abgelehnt mit der Begründung, daß der Arbeitgeberverband Deutschlands strikte am 1. April als dem Tage des Ablaufs des Tarifs festhalte. Temzufolge mußten sie sich als Mitglieder der Ortsgruppe Breslau fügen. Da die Arbeiter aber ein besonderes Interesse haben, den 1. Oktober als Abfahrtsdatum festzuhalten, wurde von diesen der Vorschlag gemacht, dem Tarif bis zum 1. Oktober 1913 Gültigkeit zu geben. Aber auch hierzu erklärten sich die Fabrikanten nicht als kompetent. Sie mußten vielmehr erst die Bewilligung des Arbeitgeberverbandes einholen. Da infolgedessen keine Einigung zustande kam, mußte die Sitzung abgebrochen werden. Eine neue Sitzung wurde aber für den 20. Oktober anberaumt.

In der am 18. Oktober cr. stattgefundenen Versammlung der Arbeiter wurde das Resultat der Einigungsvorhandlungen bekannt gegeben. Darauf erklärten sich die Streikenden mit der Tatigkeit der Lohnkommission einverstanden und beauftragten sie an den Tarifbestimmungen festzuhalten.

Sollte am 20. Oktober keine Einigung erzielt werden, so sind eine größere Anzahl Kollegen gewillt, Breslau zu verlassen, es wird dann den Herren Fabrikanten nicht so leicht sein, ihre eingerichteten Arbeiter schnell wieder zu erlangen.

*** Der ortsfällige Tariflohn.** Die Berliner Hoch- und Rohrlegungs-Gesellschaft, die in Breslau eine Filiale unterhält, führt die einschlägigen Arbeiten an der Königl. Technischen Hochschule aus. In diesen Arbeiten wurde auch ein Maurer gebraucht, der die Stenogrammen zu verzeichnen hatte. Der Mann erhielt nur ein Stundenlohn von 42 Pfg., während der ortsfällige Maurerlohn in Breslau 66 Pfg. beträgt. Er klagte deshalb auf Zahlung des Restlohnes von 24 Mark. Der Vertreter der Gesellschaft wollte diese Forderung nicht anerkennen mit der Begründung, daß eine auswärtige Firma an den Ortslohn nicht gebunden sei. Der Richter bemerkte dazu, daß wenn die Gesellschaft sich einen Maurer aus Berlin hätte kommen lassen, sie 70 Pfg. Stundenlohn hätte zahlen müssen. Ein Breslauer Maurer brauche nicht unter 55 Pfg. zu arbeiten. Der Mann kam zu seinem Recht, er erhielt die geforderten 24 Mk.

Rescue aus Seerast im Kanal. Montag Nacht gelangte die Kunde von einem heldenmütigen Rettungsakt nach Dover, den die Besatzung des deutschen Dampfers „Wilow“ während des schweren Sturms im Kanal vollführt hatte. Durch die hohen Wellen der Rache war ein Offizier des englischen Zerstörers „Holtbill“ über Bord gewälzt worden. Ein Rettungsboot mit sechs Matrosen wurde von der „Holtbill“ ins Wasser gelassen, um den Offizier zu retten. Das Rettungsboot wurde aber durch die starke See voll Wasser geschlagen und der Besatzung war unmöglich, der Besatzung des Rettungsbootes zu Hilfe zu eilen. In diesem Augenblick der höchsten Gefahr kam der Dampfer „Wilow“ in Sicht. Der Kapitän ließ sofort den Kurs auf die mit dem Wellen Ringenden richten und die ganze Besatzung des deutschen Dampfers vereinte sich in ihren Bemühungen, die Schiffbrüchigen dem wütenden Elemente zu entreißen. Die sechs Matrosen und der Offizier klammerten sich an das fliehende treibende Boot. Der Kapitän des „Wilow“ ließ ihnen Rettungsseile werfen, und auf diese Weise gelang es in mehrstündiger Arbeit, inmitten der schweren See, einen Schiffbrüchigen nach dem anderen an Bord zu ziehen. Der Zerstörer „Holtbill“ kam dann dem Dampfer aus Sicht; doch nimmt man an, daß es ihm gelungen ist, den nächsten Hafen zu erreichen.

Ein neuer Ort in den Südkanalen. Die Südkanäle der Union sind am Sonntag abends von einem verheerenden Orkan heimgesucht worden. Besonders in Texas und Oklahoma ist großer Schaden angerichtet worden. Da die telegraphische Verbindung abgeschnitten ist, so sind die dort angesessenen Drahtschmiedmeister über nähere Einzelheiten zunächst nur durch die Presse in Kenntnis gesetzt. Insgesamt etwa fünfzig Menschen sind Leben gekommen sind. Der Schaden ist sehr groß, eine ungefähre Schätzung auf über eine Million Mark ist zu erwarten.

Der postale Weltverkehr. Des Postverkehrs bedürftig ist schon eine Statistik. Die 97 Gebiete mit einem Flächeninhalt von 75 Millionen Quadratkilometern und 1074 Millionen Einwohnern umfassen. Danach gibt es auf der Welt wohl über 71.000 Postämter, von denen 68.663 auf Kontinenten, 4.338 auf Inseln, 23.738 auf Gebirgsregionen und 18.000 auf Wäldern, 15.000 auf Hochgebirgen und 9.000 auf Klippen und Felsen stehen. Die Zahl der postalen Sendungen betrug im Jahre 40,5 Milliarden, und der durch die Post bewirkte Warenverkehr und Handelsverkehr betrug die gewöhnliche Summe von 100 Milliarden Mk. Täglich wurden rund 110,5 Millionen Sendungen zur Post gegeben, und der Betrag der der Post anvertrauten Werte betrug 222 Milliarden Mk.

Nonen Francs aus. In Deutschland allein wurden rund acht Milliarden (täglich 21,5 Millionen) Sendungen zur Post gegeben. Der Betrag der in Deutschland aufgegebenen Wertsendungen belief sich auf mehr als 34 Milliarden, täglich über 44 Millionen. Es ist dies etwa der dritte Teil des Gesamtverkehrs der Welt. Auch bezüglich der Zahl der Beamten (insgesamt 1.391.247 Köpfe) steht Deutschland mit 314.351 an erster Stelle, ebenso bezüglich der Briefkästen, von denen Gesamtzahl (767.898 Stück) Deutschland etwa ein Fünftel, über 144.860 Stück verfügt. Endlich ist Deutschland am stärksten am internationalen Briefverkehr, am Paketverkehr und am Postanweisungsbetrieb beteiligt, während es bezüglich der Zahl der Briefe des inneren Verkehrs erst an zweiter und bezüglich der Postkästen gar erst an dritter Stelle steht. Noch weiter hinten — und das ist in diesem Falle ebenfalls — folgt Deutschland in der Statistik der unbesendeten Sendungen; diese beliefen sich im Weltverkehr auf 79 Millionen Briefe, Postkarten und Druckachen. Insgesamt umbringt es diesen davon nicht weniger als 42 Millionen Sendungen, und so haben 19 Millionen Briefe, 7 Millionen Postkarten und 16 Millionen Druckachen der Vernichtung anheim. Hier steht Deutschland hinter Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan an letzter Stelle, mit 2,3 Millionen unbesendeten Sendungen, immerhin noch eine erhebliche Zahl von Briefen usw., die den Adressaten nicht erreichen.

Die Flugpost. Die Bemühungen der Reformen in Amerika haben neuerdings sonderbare Blüten getrieben. Wie dem „S. L.“ aus New York geschrieben wird, hat die Regierung des Staates Iowa 100.000 künstlerische Abzeichen mit bunten Bändern herstellen lassen, auf denen die Worte zu lesen sind: „Küsse mich nicht.“ Es ist jenseitig gesundheitsgefährlich.“ Je eins davon wird in jede Familie geschickt, wo ein neues Familienmitglied das Licht der Welt erblickt hat. Dem Baby soll dann das Plakat um den Hals gehängt werden. Ferner hat sich unter der Führung des Dr. Edward Repford ein förmliches Heer weiblicher Streiter gebildet, die den Streik gegen die Unfälle des Rausses mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln führen. Sobald von irgend einer privaten Seite Einladungen zu Wanderschaften, Gartenfesten oder ähnlichen geschehen, schickt diese arme Schicksarme den Geladenen ein Plakat ins Haus, auf dem geschrieben steht: „Sehe den, den Du lieb hast, nicht den gefährlichen Bakillen aus, die im Haus verborren sind.“ Dr. Repford hat ferner schon im Namen der Antikörper Presse im Werte von 20 Pfund Sterling geschickt. Er schickte 15 jährige Mädchen erhalten soll, das noch nie gelacht hat. Für jedes weitere „Lustige“ Jahr erlangt die Freude um weitere 5 Pfund. Wie es steht, sollen

nun die jungen Mädchen des Staates Iowa mit diesen Bestrebungen ganz eintönig sein, da sie sich für das Geld eine Menge möglicher Dinge kaufen können.

Weniger erfreut über die demnachst beginnende kühne Zeit sind natürlich die jungen Leute, die nichts Gileres zu tun hatten, als eine heftige Propaganda gegen die Gesundheitsreformer in Szene zu setzen. Zu diesem Zweck haben sie sich mit einer anderen medizinischen Autorität der Stadt in Verbindung gesetzt, die zwar die Übertragung von Mittern durch den Fuß nicht leugnete, die aber erklärte, daß man beim Küssen nur mögliche Bakillen antreffe und die Vorteile des Kusses die Nachteile bei weitem überwiegen, da die hierbei in Betracht kommenden Bakillen — die Vererbung fördern. Wird also in Zukunft die Geliebte dem Jüngling auf seine Frage, warum sie sich nicht küssen lassen wolle, antworten, sie wolle sich fünf Pfund Sterling verdienen, dann wird der junge Mann die Größe mit der Frage zu erwischen wissen, ob ihr seine Gesundheit nicht fünf Pfund wert sei. Die Liebe geht also wirklich durch den Magen.

Glaubt mir Rabbinen, alles war schon da! Dieses zu Ende gehörte Afrika-Bort beschäftigt sich auch an dem modernen Nischenbau. Großmütterchen kannte ihn längst. In einem alten Schmelzer vom Jahre 1842 („Der jomische Unterhaltungsfreund“ von Wilhelm Moser in Berlin) finden wir folgendes Gedicht:

Der Damentanz.

Frau S. schellt herab auf der Fremden Pforte
Man öffnet ihr, doch sie tritt nicht herein.
Von oben tönen endlich diese Worte:
„Wie? Du noch draußen? So, was soll das sein?“
„Ach! lieber Schatz!“ — verweist Frau S. mit Lachen —
„Ein Hühner nur ist offen am Portal.“
„Doch, mir auch den andern aufzumachen,
Denn einer ist für meinen Hut zu schmal!“

Literatur.

M. Natlicher Band von 824 Seiten ist schon das Protokoll des Reichstagesparteiartikels der österreichisch-deutschen Sozialdemokratie im Verlage der Volksbuchhandlung erschienen. Die Verhandlungen des Reichstages haben die allgemeine Aufmerksamkeit weit über den Kreis der deutsch-österreichischen Parteigenossen an sich gezogen. Die skandinavische germe Aufnahme der Verhandlungen schließt sich den Beratungen des Reichstages dauernden Wert und tröstliche Nachwirkung für die Nation, Organisation und Aktion der Partei.

Die Demokratische Vereinigung erwachte in ihrer letzten Sitzung in der ersten Linie des Justizmordes in Spanien. Nach kurzen Erklärungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die von der Demokratischen Vereinigung einberufene Versammlung gibt ihrem tiefsten Abscheu über den von der spanischen Regierung an Francisco Ferrer verübten Justizmord Ausdruck. Es handelt sich hier um Verurteilung nach hier nicht um eine Angelegenheit, die Spanien allein angeht, sondern um eine Tat, die auf das Schicksal der gesamten Kulturwelt das Recht und die Pflicht haben, und die zur Folge haben dürfte, daß die europäischen Regierungen, nicht zuletzt die deutsche, Spanien auf die Stufe jener barbarischen Staaten stellen, in denen die persönliche Freiheit von keinerlei Garantien umgeben ist. Die Versammlung spricht weiter auch die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk aus der grauenhaften Tat seine Lehre ziehen und den Kampf gegen die Mordtaten, denen die Niederhaltung der Freiheit des Volkes höchstes politisches Gesetz ist, mit verdoppelter Energie aufnehmen wird.

Alsdann hielt Karlheim Gellrich einen äußerst lehrreichen Vortrag über „Die Friedensbestrebungen und die Demokratie“. Die schillernde die Schöden des Militarismus, die schweren wirtschaftlichen Folgen eines Krieges und hob hervor, daß das „bewaffnete Frieden“ nur die Jünger ihre Vorteile hätten, die ihre Schöne leicht in Staatsstellungen unterbringen. Sie forderte auf, sich den demokratischen Bestrebungen anzuschließen, die in erster Linie auf den allgemeinen Wohlstand durch allmähliche Abkündigung und internationale Verständigung, dann aber auch dahin wirken, daß über Krieg und Frieden nicht eine einzelne Person, sondern das Volk zu entscheiden hat.

Es wurde dann noch angesetzt, in den einzelnen Stadtteilen Begleitvorträge politischen Inhalts zu veranstalten. Herr Kaufmann Dostal hat sein Amt als Vorsitzender niedergelegt, da sein neuer Chef die Ausübung eines Revieres verlanget, wonach er sich jeder politischen und sozialpolitischen Tätigkeit enthalten müsse. An seine Stelle wurde deshalb Rechtsanwalt Simon zum 1. Vorsitzenden gewählt. Die nächste Versammlung wird Montag, den 1. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal (Wagner's Restaurant), Neue Gasse 25 stattfinden.

Dem Gewerbegericht. Der Oberkellner Heiman, 27 Jahre alt, war in der Stellung war, wurde entlassen, weil er seinen Ausganssitz nicht vorher dem Prinzipal gemeldet und erst am Nachmittag des anderen Tages ins Geschäft zurückgekehrt. Der Kellner, der die „Einweisung für unzureichende“ und Mangel auf Rechnung einer Lohnschuldigung und Mangel im Betrag von 106 Mark. Das Trinkgeld war dabei mit 5 Mark pro Tag berechnet. Der Beklagte führte an, es sei dem Kläger zur Pflicht gemacht worden, den Ausgangsitz einen Tag vorher anzuzeigen. Das habe er aber nicht getan und sei erst am späten Nachmittag des anderen Tages ins Geschäft gekommen. Durch das lange Ausbleiben sei ihm ein Schaden entstanden. Der Kläger beantragte, daß der Wochenlohnanspruch festgestellt sei und nicht erst gemeldet zu werden brauche. Uebrigens hätte er dem Bauschneider gesagt, daß er ausgehe. Jemand „ein Nachteil“ sei dem Chef nicht erwachsen, denn sein „Stellvertreter“ hätte in der Zwischenzeit nur 4 Mark Lohnung gehabt. Das Gewerbegericht konnte in dem einmaligen Ausfallkommen einen Entlassungsgrund nicht erblicken und rief zu einem Vergleich, der auch zustande kam. Kläger erklärte sich mit einer Abfindung von 60 Mark einverstanden. Das Trinkgeld berechnete es nur mit drei Mark.

* Zur Warnung für Schneider. Seit einigen Tagen verläßt ein Schneider namens Koppa sich als Kellner des freien Schneiderverbandes aufzuhalten. Er gibt vor, von der Hauptstelle oder von anderen Filialen beauftragt zu sein, Mitglieder für die Organisation zu gewinnen.

Wir warnen alle Kollegen und Genossen vor diesem Ausfallgehe, der nur auf die Unannehmlichkeit der Leute spekuliert, von den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern größere oder kleinere Beiträge entlehnt und dann verschwindet.

Die Gantommision des Schneiderverbandes. Ein Meteor von grünlichem Glanze, das sich in etwa 25° Höhe am Firmament langsam von Osten nach Westen bewegte, wurde Sonntag Abend kurz nach Einbruch der Nacht in verschiedenen Orten Schlesiens, so z. B. in Breslau, in Sabelschwerdt und in Ratibor beobachtet.

* Der Verband deutscher Juden hielt am Sonntag im Saale des Breslauer Konvaleszenzhauses seinen Verbandstag ab, zu dem etwa 400 Delegierte erschienen waren. Man beschäftigte sich hauptsächlich mit der Lage der Juden in den Ostmarken und übte sich methodischweise als deutsches Element mit dazu beizutragen, die Polen zurückzudrängen. Das Ziel von der Regierung nicht in ausreichender Weise gewürdigt wird, bildete den Gegenstand aller Reden. Trotzdem hielt man es für erforderlich, dem Kaiser gleich am Beginn der Sitzung ein Ergebnistelegramm zu schicken.

* Der Aufenthalt am Stadtpark ist nicht ungesund. In letzter Zeit waren Verletzungen laut geworden, wonach der Aufenthalt am Stadtpark und am Stadtpark im Schattigen Park nicht ratsam erscheint, weil diese Gewässer infolge ihres reichlichen Schlammgehaltes abtötende und gesundheitswidrige Fäulnis ausströmen. Der Magistrat hat daraufhin durch das städtische chemische Untersuchungsamt und das städtische hygienische Institut Untersuchungen des Wassers vornehmen lassen, deren Ergebnis in der letzten Nummer des „Breslauer Gemeinblattes“ veröffentlicht wird. Das Resultat dieser Untersuchungen ist befriedigend und geeignet, die erwählten Befürchtungen zu zerstreuen.

* Messerschere. In der Nacht zum Sonntag hat auf der Friedrich-Wilhelmstraße, vor dem Stadthaus „Deutscher Kaiser“ zwei Personen, die vorher in diesem Stadthaus lange Zeit hindurch sich aufgehalten hatten, eine Messerschere statuiert. Beim Herausgehen von anderen Leuten und einem Schutzmann fand die vier Beteiligten fest. Morgens um 4 Uhr ist jedoch einer der vier Beteiligten, der Schülerlehrling Georg Krüger, Tschepnerstraße 7 wohnhaft, auf der Tschepnerstraße in bewußtlosem Zustande aufgefunden worden. Er trug am Kopf schwere Wunden, die von Messerschere hergekommen mußten, denn auch der Tatort war mit Messerschere durchsucht worden. Die drei anderen Beteiligten an der Schlägerei Beteiligten sind bisher noch nicht ermittelt worden; der Verletzte wurde nach dem Kaiserlichen Hospital gebracht, wo er bisher in verletzungsunfähigem Zustande darniederliegt; es ist zu befürchten, daß er mit dem Leben nicht davonkommen wird.

Aus Schlesiens und Posen.

Eine neue Bull-Attade.

Die freimütige „Breslauer Zeitung“ berichtet aus Gletitz in Ober-Schlesien:

Vor etwa 800 Teilnehmern, unter denen sich auch Mitglieder der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie unter Anführung (?) von Parteiführern befanden, referierte Parteiführer Müller-Breslau am Sonntagabend über die „Entwicklung unserer Schutzpolitik und ihre Wirkung“. Mit seinen populären Ausführungen erzielte er stürmischen Beifall; insbesondere fand seine Kritik der sozialistischen Steuer- und Wirtschaftspolitik des Zentrums und der Agrarier bei den sehr zahlreich erschienenen Arbeitern großen Anklang. Der zweite Referent, Werkstatthalter Böhm, widerlegte die Ausführungen des Zentrumsgesandten Dr. Meißner, der in demselben Saale hinter verschlossenen Türen vor drei Wochen gesprochen hatte. Das Zentrum hatte sich den Arbeiterführer Bull aus Breslau angeschlossen, der als zweiter Diskussionsredner sich dreiviertel Stunden amüßte, unter Zuhilfenahme antisemitischer Reden auf den Freisinn zu schimpfen. Nach seiner Rede wollte Herr Bull mit seinen Zentrumskollegen den Saal verlassen, diesen jedoch auf den stürmischen Zuruf: „Heil auf!“ zurückgehalten.

sehr viele Müller widerlegte dann die Ausführungen Bull mit Beifall und stellte fest, daß Bull durch seine persönlichen Ansprüchen auf die Freimütigkeit der Arbeiter den Anspruch auf die Freimütigkeit verloren habe. Als Bull fortgesetzt durch heftigen Beifall der Arbeiter den Beifall der Arbeiter niedersinken ließ, bemächtigte sich der Versammlung eine immer größere Entrüstung, die ihren Höhepunkt erreichte, als ein erregter Verammlungsteilnehmer Herrn Bull ein Glas Wasser über den Kopf goß. Herr Bull mußte schließlich auf polizeiliche Anordnung den Saal verlassen. Ihm folgten nur etwa 30 Anhänger, während der Saal überfüllt blieb. Alle folgenden Diskussionsredner der verschiedenen Parteien beurteilten aufs schärfste das unqualifizierbare Auftreten Bulls. Die Versammlung endete mit einer großen Niederlage des Zentrums und bedeutet einen schönen Erfolg der liberalen Sache.

Die Nationalversammlung war Bull ganz dienlich, nur fürchten wir, daß eine so kurze Kur für den schlagfertigen und kraftvollsten katholischen Arbeiterführer keinen Erfolg zeitigen wird.

Wir wissen, daß ein anderer Verkehr mit Bull nicht möglich ist; wie steht aber die „Breslauer Zeitung“ da? Sie urteilt doch vom hohen Pferde herab über die schwarzen und roten „Brüder“, als ob so etwas beim Freisinn gar nicht vorkommen könnte. Und jetzt scheint es doch, nach ihrem eigenen Bericht, als ob ein Freisinniger zuerst auf den richtigen Gedanken gekommen ist, mit dem Bull etwas unkommentmäßig zu verfahren? Man soll nie zu früh krähen, Gebatter Dohle!

Breslau, 19. Oktober. Eine Volksversammlung unter freiem Himmel fand am Sonntag im Gasthof „Zum gelben Baum“ statt. Es war die dritte, von den Sozialdemokraten in diesem Jahre organisierte Veranstaltung, die ebenfalls, wie die vorangegangenen, sehr gut besucht war. Etwa 450 Personen hatten sich eingefunden, um die Ausführungen des Genossen Schiller aus Breslau über die Feinde der Sozialdemokratie anzuhören. Der Vortrag, der in der Hauptstadt die sozialpolitische Tätigkeit der Zentrumspartei behandelte, fand die lebhafteste Zustimmung der Versammlung. In einer kurzen Debatte bestritt sich ein Zentrumsanhänger darüber, daß beim Katholikentag in Breslau die Sozialdemokraten den Feind der Katholiken gestiftet, und damit deren Duldung nicht gerechtfertigt hätten. Ihm wurde eine knappe, aber deutliche Antwort über die sprachliche Zentrumsausdrucksweise an Teil. Der Erfolg der Versammlung bestand darin, daß mehrere Abonnenten für die „Volksmacht“ und etliche Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein gewonnen wurden.

Breslau, 19. Oktober. Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Sonntag Vormittag in der ersten Stunde. Der Fußkutscher von der Firma Dammert-Bertram hieselbst fuhr mit einem leeren Klebewagen von Dammert nach der Stadt zu. Beim Hinfahren über den Dammert wurden die Pferde scheu, gingen durch und veranlaßten beim Versuch, die Tiere zum Stehen zu bringen, stürzte der Fußkutscher vom Wagen, während ihm die Räder derart über den Kopf gingen, daß ihm der Kopf zertrümmert wurde und der Tod auf der Stelle eintrat.

Brieg, 19. Oktober. Im Streit erstickte. Der Arbeiter Schneider, der als Kutscher bei der Dampfbesenfabrik in Strohwerk bei Posen tätig war, bekam mit dem Stiefelstreifen, in welchem Schneider von letzterem erstickt wurde. Schneider hinterläßt eine Witwe, die ihrer Niedertracht entgegensteht, mit drei kleinen Kindern.

Reife, 19. Oktober. Über die neuen Steuern sprach Genossin Emma Fischer-Berlin in einer von Frauen auf besuchter Versammlung. Die Rednerin vertrat die berechtigten Interessen der Frauen und das Verhalten des „arbeiterfreundlichen“ Zentrums vor Augen zu führen. Als die Genossin den Beschluß des Parteitages, keinen Fiskus mehr zu kritisieren, erwähnte, und die Frauen aufhörten, dem Beschluß mit zur Durchführung zu verhelfen, indem sie die Männer vom Trinken dieses verabschiedeten Getränks abhalten, wurde ihr allseitig zugestimmt. Besonders Zustimmung erhielt die Rednerin, als sie schilderte, wie die Brennererbeiter und Jünger, die vom Fußfesseln reich werden, die Großen der Arbeiter vergebend, während in vielen Arbeiterfamilien durch den Fußfesseln Elend herbeigeführt wird. Mit der Auforderung, daß sich auch die Frauen politisch betätigen und dem Manne im Kampfe gegen die Unterdrückung zur Seite stehen, schloß die Rednerin ihre Ausführungen unter lebhaftem Beifall.

Breslau, 19. Oktober. Der bedrängte Korant. Ueber den von uns gestern unter „Neuere Nachrichten“ gemeldeten Mordfall Korant's berichtet die „Breslauer Zeitung“ noch folgendes: Als Aha Korant die Rednertribüne betrat, wurde er von der etwa 1000 Köpfe starken Menschenmenge mit lautem Jubel empfangen. Die Polen waren furchtbar erregt und überschütteten Korant mit einer Flut von Schimpfwörtern. Zahlreiche Polen hatten sich mit Knütteln bewaffnet und drangen auf Korant ein; dieser hatte sich vororgischerweise auch mit einem handfesten Knüttel versehen und verurteilte damit, sich seine Gegner vom Leibe zu halten. Schließlich wurde er von den wenigen seiner Getreuen von der Tribüne herabgezogen und auf diese Weise vor der wütenden Menge geschützt.

Als hiernach haben nicht, wie die „Breslauer Zeitung“ behauptet, die Sozialdemokraten die Versammlung geführt, sondern die erbitterten Anhänger Korant's selbst.

Emancipations. 19. Oktober. Schwere Unfälle auf dem Bahnhof. In der Nacht zum Sonntag wurde auf hiesigem Bahnhof der Eisenbahnzug Nr. 10 überfahren und getötet. Beim Anfahren des Zuges stand A. auf der Plattform, um eine Tür zu schließen. Beim Abbringen geriet er unter die Räder der Waggons, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden. A. war verheiratet und Vater von drei Kindern.

Breslau (Posen), 19. Oktober. Erhöhte Verlohrung. Auf die Ermittlung des Mörders des Revierjägers Feander aus Bismark, Kreis Frankfurt, der in einem Kampf erschossen aufgefunden worden ist, hat die hiesig polizeiliche Polizei immer jetzt auf der vom Regierungspräsidenten in Posen ausgesetzten Belohnung von 1000 Mark ebenfalls 1000 Mark angesetzt.

Protokoll. 19. Oktober. Krieg im Frieden. Als auf dem Kalenberghof in Protokoll eine Abteilung Soldaten Schießübungen veranstaltete, erhielt der Einjährig-Freiwillige Schwanitz, der die Resultate feststellen wollte, einen Schuß in den Rücken, der die Lunge durchbohrte. Der Schuß kam aus einem Gewehr, das unmittelbar der Schütze auf dem Tisch lag und von dem daran spielenden Exerzier-Scharführer entladen gebracht worden war.

Der Rabbod-Prozeß der „Bergarbeiter-Zeitung“.

Warum bei Abbruch der Rettungsarbeiten noch Lebende in der Unglücksgrube Rabbod? Diese Frage ist der Hauptgegenstand des Prozesses, der gegen den verantwortlichen Rabbod der „Bergarbeiter-Zeitung“ Genossen Wagner angehängt wurde und der am Montag vor der Strafkammer in Bochum zur Verhandlung kommen soll, nachdem er am 14. Sept. d. J. verurteilt worden ist. Wer nicht nur die obige Frage, sondern auch die Frage nach dem Schuldigen an dem furchtbaren Unglück wird in dem Prozeß aufgerollt werden. Die Verwaltung der Zeche Rabbod verfuhr Anfang Februar in der ihr geläufigen Weise die auf dem Berliner Bergarbeiter-Kongress gemachten Ausführungen über die Ursachen des Unglücks als unzutreffend hinstellen. Insbesondere legte sie Wert auf die Entkräftung der Auffassung, erregenden Mitteilungen eines der Rettungsmannschaften, des Rammabers Wilhelm Thoma, der gesagt hatte, daß die Einstellung der Rettungsarbeiten noch während der Rettungsarbeiten sein.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ gab in ihrer Nummer vom 20. Februar der Rabbod-Verwaltung eine, die ganze Sachlage treffend charakterisierende Antwort, in der sie u. a. mit Bezug auf die Mitteilungen Thoma's schrieb:

„Der unabhängige von den Ausführungen Thoma's und dessen Gedanken ist die „Bergarbeiter-Zeitung“ in der Lage, einen Bergarbeiter namhaft zu machen, der bei der Katastrophe auf Rabbod folgenden Dialog geführt habe und diesen beschreiben will:

Bergarbeiter: „Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?“

Direktor Andre: „Was lebt, das lebt, wir müssen heraus!“ Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen die Bergarbeiter-Zeitung. Nicht etwa wegen früherer Artikel, in denen die „Bergarbeiter-Zeitung“ unter Aufhebung gravierender Materialen auf die Schuldigen des Unglücks hinwies, sondern wegen des zitierten Satzes. Direktor Andre und Bergarbeiter Andre sollten durch die Widerlegung des Dialogs schuldig gemacht sein. Es ist ihnen darin der Vorwurf der Frechheit gemacht, es wurde aber am Schluß des Artikels ausdrücklich gesagt, daß man sehr wohl wisse, daß es Situationen geben könne, in denen an eine Rettung nicht mehr gedacht werden könne und daß es nicht Sache der „Bergarbeiter-Zeitung“ sei, zu untersuchen, ob dies auf Rabbod bei Aufgabe der Rettungsarbeiten noch möglich gewesen sei. Die angeblich beschriebenen wurden auch noch als Rettsarbeiter zugelassen. Der Vertreter der Anklage gab sich in der Hauptverhandlung am 14. Sept. alle Mühe, die Möglichkeit einer Entkräftung der Schuldfrage in Sachen Rabbod abzuschneiden, indem er sich lediglich auf den intimierten Dialog beschränkte. Da er aber zum Beweise für die Richtigkeit der Beschreibung sich in gleichem Mangel, auf die Tendenz des ganzen Artikels beschränkte, so wurde der Verteidiger Genosse Thoma, Berlin es durch, daß auch eine Entkräftung über die von ihm angegebenen Beweismittel für zulässig anerkannt wurde.

Nachdem einige Zeugen vernommen worden waren, wurde die Verhandlung auf Antrag der Staatsanwaltschaft bis zur Erledigung des Strafverfahrens vertagt, das am Land-Gericht Münster gegen den Betriebsführer von Rabbod anhängig ist. Bevor noch diese Angelegenheit erledigt ist, wurde der neue Termin angesetzt. Die Verhandlungen dürften 2 Tage in Anspruch nehmen. Es ist ein riesiger Zeugenapparat aufgestellt. So haben gegeben: von der Untergabe 7 Zeugen, von den Nebenklägern 20 sind von der Verteidigung 30.

Ueber den Beginn der Prozessverhandlungen liegt bis jetzt folgender Bericht vor:

Im Bochumer Rabbod-Prozeß lehnte das Gericht trotz eingehender Begründung des Verteidigers, Rechtsanwalt G. ein. Verlin, die Beweisangebote ab, die sich auf die Ursache der Zeche vor dem Unglück bezogen, und das Gericht hielt sich nur an den Strafentwurf, der lediglich Bestrafung für die durch Widerlegung des bewiesenen Hölzgertrades jähigen Andre und Bergarbeiter Andre dem Andre angeblich zugefügten Verletzung forderte.

Der Zeuge R. h. n. wiederholte seine Aussage vom 14. Juni. Danach hat er gehört, daß einer in einiger Entfernung zu einem anderen sagte: „Hier sind noch Lebende in der Grube.“

Der Zeuge R. h. n. habe ihm das gleich nachher bestätigt. Zeuge R. h. n. ferner an, daß bei dem Wände hinter einem Bruch, bei dem einer um Hilfe gerufen hatte, mangel Wasser nicht hatte geholfen werden können. Zeuge R. h. n. der mit R. h. n. zusammen eintrafen, sagt aus, daß ein Herr um die fragliche Zeit zu einem anderen gesagt habe: „Der R. h. n. hat sich, es sind auf der zweiten Sohle noch Lebende.“ Darauf habe der Angeredete erwidert:

„Seider, seider! Aber was ist zu machen?“ Es bleibt nichts anderes übrig, als den Rettungsapparat abzustellen und auszuheben.“ Ob der Angeredete Affektor der Affektor Andre ist, konnte Zeuge nicht behaupten.

Zwei weitere Zeugen machen unbestimmte Aussagen.

Nach Verlesung der eidlichen Aussage des am 14. Juni vernommenen, inzwischen tödlich verunglückten Peter Thoma's, der bezeugt hat, daß Andre gesagt: Hier ist nichts mehr zu machen, wir müssen heraus, sonst ist die ganze Zeche verloren! wird der Bruder des Zeugen, Wilhelm, vernommen. Dieser befindet unter anderem, daß, als er von seinem Bruder getrennt worden, noch Lebende in der Grube waren. Er behauptet ferner, daß schon einige Tage vor dem Unglück wegen Verjauns der Wasserleitung nicht hätte geteilt werden können.

Der Nebenkläger Andre befindet als Zeuge unter anderem, daß er an dem fraglichen Geschehnis nicht beteiligt gewesen. Der nochmals eingehend bestimmte Antrag seines, in die Beweis-erhebung einzutreten, wird abgelehnt, ebenso die Beweisnahme darüber, ob zur Zeit des Abbruchs der Rettungsarbeiten noch Lebende in der Grube gewesen, und ob dieselben eventuell hätten gerettet werden können. Seine Erklärung, daß der Nebenkläger doch offenbar entgegen seinen Erklärungen allen Grund habe, diese Beweisnahme zu verhindern und nur die Wahrheit habe, wegen der zwei stützigen Zeilen kann möglich eine Verurteilung wegen formaler Verletzung zu erzielen.

Als der Nebenkläger dies bestritt und für die Frage der Schuld auf das Verfahren gegen den Betriebsführer vor der Strafkammer in Münster und auf den Prozeß gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ hinwies, macht Rechtsanwalt G. eine folgende wichtige Mitteilung: Ich habe für den bei dem Unglück schwer verletzten Bergmann R. h. n. gegen den Betriebsführer der Zeche Rabbod Strafantrag gestellt. Diese Anzeige hat man nachträglich von dem Hauptprozeß gegen den Betriebsführer getrennt und eine besondere Sache daraus gemacht. Dadurch ist es mir unmöglich gemacht, in dem Hauptprozeß in Münster als Nebenkläger aufzutreten und zugleich unmöglich, Einsicht in die Akten des Hauptprozesses zu nehmen. Weiter hat er in dem Vorverfahren zum Hauptprozeß in Münster gehörte Gutachter, wie Sie aus den Akten ersahen, den Antrag gestellt, daß gegen alle Zeugen, die im Vorverfahren unzulässig für die Nebenverurteilung ausgesagt haben, das Verfahren wegen Meinungs eingestellt werden soll. Daraus kann man erkennen, was man von dem Verfahren gegen den Betriebsführer zu halten habe.

Die Verhandlung wurde um 12 Uhr bis 14 Uhr vertagt. Nach einhundertfünfundvierzig Beratung verurteilte der Vorsitzende dann das Urteil. Es lautete auf 200 Mark Strafe und Publikationsbefehl. Der Schluß des 9. 198 wurde dem Angeklagten zugestimmt; es wurde jedoch die Abfertigung der Verurteilung für vorlegend erachtet.

Briefkasten.

H. G. und andere. Selbstverständlich werden im April Sekretariat, Reichsstraße 18/19, auch Erklärungen für den Ausfall aus der Landeshauptstadt angesetzt.

W. Schläpfer. Jetzt können Sie nicht mehr in den Eisenbahnlinien.

B. 100. Sie müssen sich an einen Tag wenden.

B. 77. 1. Gegen die neue Einrichtung müssen Sie Beratung einlegen. 2. Montagmorgen und Nacht haben Sie zu zahlen. 3. Sie können mit Recht Schadenersatz fordern.

B. 1. Striegens. 1. Die Gerichte hatten bisher entschieden, daß Fremdenverbote am Sonntag nicht abgelehnt werden dürfen. Das Reichsgericht hat aber anders anders entschieden. Es hält Fremdenverbote am Sonntag für erlaubt und ist daher der Ansicht, daß sie jeder strafbar macht, der diesen Verbote bricht. Bei dieser schwebenden Rechtslage empfehlen wir Ihnen, die Verbote zu befolgen. 2. Ja.

B. 10. Das Gesetz um Ausstellung eines Auftrags. Handwerker-gewerbeamt ist an den Regierungs-Präsidenten in Breslau zu richten.

B. 11. Das Abrechnungsrecht ist zu prüfen. Sie können auch einmündig werden. Das Reichsgericht hat aber anders anders entschieden.

Weiss, Ferd., Ring 48, Rauch- u. Kautschuk-
 Waare, O., Klosterstr. 2 (Zigaretten)
 Wandler, S., Fildeskrattstr. 18.
 Wandler, Albert, Klosterstr. 14.
 Weidlich, Wilhelm, Weinstr. 24.
 Weigert, Adolf, Rader-Büchelstr. 1.
 Weigert, C. & Co., Größelstr. 8.
 Winkler, Paul, Al.-Lichtstr. 14.

Deutschland.

Berlin, 18. Oltobr. Heute Nachmittag findet eine Vorstands-
sitzung des Goethebundes statt, an der u. a. Hermann
Sudermann und Ludwig Fulda teilnehmen werden. In

Die Bewegung in Spanien.

Madrid, 17. Oktober. Im Senat ist ein Antrag eingebracht worden, den republikanischen Senator Sol-D-Ortega ge-

Als Sitz der in der Bildung begriffenen großen Gesellschaft ist, hauptsächlich wegen seiner Lage, nicht zu weit von Friedröshausen, Frankfurt a. M. gewählt worden. Von dort aus sollen nach dem Plane vorerst Rundfahrten rheinauf- und abwärts, um Tannus und Odenwald, sodann auch Ziehfahrten nach anderen Städten, so nach Köln, Düsseldorf, Mannheim, Karlsruhe, Baden-Baden, Stuttgart, Nürnberg, Augsburg, München, Straßburg in denen Unterpfälz oder Sallen zu schaffen werden, unternommen werden. Insbesondere können von München aus nach den bayerischen Seen und Gebirgstälern Fahrten veranstaltet werden. Unsicher können dann auch von Frankfurt und München über Gotha Fahrten nach Leipzig — Berlin zur Ausführung gelangen. Eine Lustschiffhafenhalle in Hamburg mit Unterpfälzen in Kiel, Lübeck und Bremen würde Fahrten zu den deutschen Ost- und Nordsee-Bädern gestatten. Vor allem ist eine Zentrale in Berlin für Rundfahrten über die Hauptstadt und für Ziehfahrten von dort aus nach Rügen, Königsberg, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Hannover ufm. ins Auge gefaßt. So sollen in der weiteren Entwicklung in nächster Folge Süd und Nord, Ost und West des Reiches mit Lustschifforten versehen und durch ein Netz von Linien verbunden

Ehe Ostdeutschland vom ersten Zerkbaren besucht wird,
dürfte noch viel Wasser die Ober hinunterschießen.

Der deutsche Aviatiker Ingenieur Grabe gab am Sonntag auf seinem alten Lieblingste raim, dem Flussteiche „Mars“ bei Dort in der Nähe von Berlin einen Schanflug, dem die Land-Preisbedingungen zugrunde lagen. Der Erhaltung nach Dort war stark besetzt und außer zahlreichen engsten Interessenten war eine große Zuschauermenge h nansgeströmt, die den Probeflügen des ersten erfolgreichen deutschen Aviatikers beizuohnen wollte. De Witterung war günstig, der am Vormittag sehr frische Wind ließ dßg ein- geschlafen. Kurz nach 4 1/2 Uhr brachte Grabe seinen Monoblar heraus, schwebte nach 0 Meter langsam Abauf auf der vorzüglich gebauten Anfahrtsstrecke frei und flog nach einem kurzen Bogen auf die 600 Meter entfernten Startpfosten zu, um dort den Lang- flug zu beginnen. Die erste Kurve gelang tadellos; in geringer Höhe, die wickelten drei und sechs Meter Schwanke, flog er auf den weiten Pfosten zu, der in entgegengesetzter Richtung an nebuen war. Er gab dabei den verschiedenen Kinnemalographen, die er in kaum Meterabständen passierte, Gelegenheit, ihn im Glanz der verichwinden- den Sonne im lebenden Bilde festzuhalten, nahm in eleganter Wendung

Madrid, 18. Okt. Die republikanische Fraktion der Cortes beschloß, die angeknüpfte Interpellation in der Ferrer-Affäre zurückzustellen, um die politische Generaldebatte nicht zu verunreinigen. Außerdem beschloß die republikanische Partei gemeinsam mit den Sozialisten und mit den Arbeiterorganisationen eine Rigorose Umgebung im ganzen Lande gegen die Reaktion und für die Freiheitsideale vorzubereiten.

F e n a , den 16. Oktober 1909.

Hierauf erstattete Dr. Fischer den Geschäftsbericht des Vorstandes. Insgesamt gehören dem Verbands gegenwärtig 109 Vereine an. Es wurden die schwebenden politischen Fragen des verflossenen Jahres erörtert, daneben beschäftigte sich der Verein zum ersten Male intensiv mit der Frage der Kommunalpolitik.

Soldatendienstpflicht. Ein Oberstleutnant a. D. Steß in
Hettburg l. Br. macht die „Welt am Montag“ auf den Prospekt
einer von Herrn Krel v. Altenstein verfaßten Schrift aufmerk-
sam, die den Titel hat: „Der Offizier durchs Leben der
deutschen Armee und Marine.“ Das Buch enthält
vier Hauptkapitel, von denen sich eins mit dem Pferdebedürfnis
befaßt. Der Inhalt der drei anderen Kapitel wird wie folgt
angegeben:

Der Dienst im Hause. 1. Allgemeines. 2. Die Reinigung der Zimmer. 3. Die Heizung. 4. Die Beleuchtung. 5. Die Garderobe. 6. Verwaltung der Wäsche. 7. Die Tageseinstellung für den Jungen und die persönliche Bedienung seines Herrn.

Die Tätigkeit als Diener. 1. Die Einführung.
Das Decken des Tisches. 2. Das Servieren bei Tische.
Das Servieren und die Behandlung von Getränken.
Anmeldung von Gästen, Formen, Anreden, Befrhlungen.
Der Wirth, und sein Personal.

Der Busche und das Dienstpersonal. Besondere Verrichtungen. 1. Einkäufe, Besor-
gungen und Auslagen. 2. Der Eis- und der Nischengraben.
Vorbereitung einfacher Speisen. Anleitung. Die Zubereitung
des Kaffees. Die Zubereitung des Tees. Die Anderrichtung von
Kaffee, Schokolade und Kaffee. Die Fleischbrühe. Die Knochen-
suppen. Mehlspeise. Glühwein. Grog und
Eierpfaffen. Pfeffer. Roteletten. Kartoffeln. 4.
Post und Telegraphie. 5. Das Telephon. 6. Die Pflege von
Blumen. 7. Die Pflege von Blumen. 8. Das Baden
in der Kasse. 9. Wandervorteile für den Busch.
Nun weiß man doch, wozu ein Teil unserer Volksgenossen
im Militärdienst eingezeichnet wird! Um zu lernen, wie man
den Eisgraben, wie man Glühwein, Grog und Nischengraben
bereitet, wie man den Nischengraben bereitet, wie man Kaffee und
Schokolade zubereitet, wie man Pfeffer, Roteletten und
Kartoffeln zubereitet. Das reine Bild. Da soll noch jemand kommen
und von dem „rauen Kriegshandwerk“ sprechen.

und da ist auf der ganzen Linie ein ständiger Erfolg unserer jugendlichen Bewegung zu verzeichnen; denn in einer Reihe Städte wurden Mitglieder unserer Vereine zu Stadtverordneten gewählt. (Beifall.) Ferner haben wir die Vermittlung, das heißt auch ein Mitglied unseres Vorstandes in den geschäftsführenden Ausschuss der nationalliberalen Partei gewählt worden. (Beifall.)

In der Sitzung des liberalen Einigungs-Komitees erblicken wir das beste Mittel, um dem deutschen Liberalismus wieder zu Macht und Ansehen zu verhelfen, und wir achten es als die vornehmste Aufgabe der nationalliberalen Partei, den Einigungsgeboten unabhängig zu führen und praktische Wege zur Verwirklichung dieses Gedankens zu finden.

Die Grundlage der Debatte bildete folgender Antrag Abin: Der Vertretertag des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend erachtet von der nationalliberalen Reichstagsfraktion, daß sie auch bei zukftigen Gesetzesarbeiten

Schätzer an Schätzer mit dem Linkliberalismus

als dem natürlichen Bundesgenossen arbeitet. Wenn auch eine organisatorische Einigung des Liberalismus zurzeit noch nicht möglich erscheint, so haben doch die Vorgänge um die Reichsfinanzreform 1909 die Notwendigkeit des tatsächlich-parlamentarischen Zusammengehens des gesamten deutschen Liberalismus deutlich erwiesen. Wir erwarten deshalb auch im Interesse des Ansehens der Partei, daß ohne zwingende Gründe die jetzige politische Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion nicht aufgegeben wird.

Feimann-Kreiser-Mn begründete den Antrag. Der Gedanke einer Einigung des Liberalismus macht auch innerhalb nationalliberaler Kreise Fortschritte. Trotzdem stehen viele Kreise unserer Partei der Einigung nicht nur gleichgültig, sondern direkt widerstrebend gegenüber. Wir müssen unser Bedauern darüber ausdrücken, daß unsere Parteifreunde in Gagen bei den Stadtverordnetenwahlen ein Kompromiß mit Zentrum und Christlich-Sozialen eingingen, nur um die Freisinnigen zurückzudrängen. Ein solches Zusammengehen mit dem ärgsten Feinde des Liberalismus muß Zustimmung bei den anderen Liberalen hervorrufen.

Jung-Mn verteidigt das Zusammengehen der Gagenen Nationalliberalen mit dem Zentrum. Die Nationalliberalen haben in Gagen jahrelang fhlos den Freisinnigen jede Wahlhilfe geleistet. Die Freisinnigen haben geantwortet mit geschäftlichem Terror und Hochloft gegen die Nationalliberalen, wie es bisher nur bei den Sozialdemokraten der Fall war. Da ist es zu verstehen, wenn schließlich die Nationalliberalen dieses Zusammengehens überdrüssig werden, und um zu ihrem alten Recht zu kommen, mit dem Zentrum zusammenzugehen. (Lebhafte Zurufe: Nein, nein!)

Dr. Blaustein-Mannheim: Wir in Baden gehen nicht nur mit den Linkliberalen, sondern

auch mit der Sozialdemokratie

zusammen. Bei uns stehen die Landtagswahlen bevor. Wenn das Zentrum mit den Konservativen zusammen im ersten Wahlgang die Majorität bekommen sollte, dann hat allerdings ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie keinen Zweck mehr. Wird aber die Majorität verfehlt — und das hoffen wir — dann wird in der Stichwahl der Groblock ganz sicher wieder zustande kommen und wir werden

mit der Sozialdemokratie zusammen das Zentrum niederringen.

(Zustmmender Beifall.) Kaudt-Mn: Wir müssen offen aussprechen, daß wir in Rheinland-Westfalen uns mit den Sozialdemokraten zu verbndigen haben wegen der Mandate bei den nächsten Reichstagswahlen. Die Zeit ist vorbei, wo wegen eines Partikulars mit den Sozialdemokraten ein Geheimrat überfallen konnte. (Gelcher.) In Rheinland-Westfalen

liegen wir bei den nächsten Wahlen todsicher aus allen Wahlkreisen hinaus, wenn wir uns nicht mit den Sozialdemokraten in die Mandate teilen. Die Sozialdemokraten haben uns in diesem Falle viel näher als die Schwarzen. (Sehr richtig!) Bei den letzten Wahlen verbndelte sich das Zentrum mit den Sozialen und warf uns überall hinaus. Wenn wir das weiter mit ansehen, sind wir abgegt und können dann unsere Politik am Westfälisch machen, denn im Reichstag sind wir dann nicht mehr vertreten. Vor diesen äußersten Konsequenzen dürfen wir uns nicht verschließen. Aus Selbsthaltungsmotiven müssen wir uns

mit der Sozialdemokratie verbinden.

Wo abhängige Vorstandsmitglieder in amtlicher Stellung es ablehnen, das zu tun, müssen wir schleunigt für unabhängige Vorstandsmitglieder sorgen, dann werden wir viele Freunde gewinnen und wir werden in Rheinland-Westfalen wieder zu unserer alten Mandatzahl kommen. (Strmer Beifall.)

Verbandsvorsitzender Dr. Fischer: Wir wollen erst einmal den Liberalismus einigen und dann erörtern, welche Stellung der geeinigste Liberalismus zur Sozialdemokratie einnimmt. (Sehr richtig!) Wenn man ein Bündnis mit einer Partei eingehen will, soll man lieber weniger sprechen und mehr handeln. Damit schloß die Diskussion. Der Antrag Mn wurde mit einem im Laufe der Debatte eingegangenen Abnderungsantrage berfeld bereinigt angenommen.

Gegen das Agrarierium.

Wlz-Schmitt begründete hierauf folgenden, von den Vereinigen Cammerath-Ludwigsburg gestellten Antrag:

Der jugendliberale Vertretertag begntigt freudig die Gründung des deutschen Bauernbndes, weil im allgemeinen Interesse der Nation der einheitlichen Interessenpolitik des Großgrundbesitzes unter der derzeitigen Führung des Bundes der Landwirte durch eine Organisation des bäuerlichen Mittelstandes entgegengearbeitet werden muß.

Dr. Marwick begründete folgenden Antrag Göttingen: Angesichts der durch die Verhandlungen über die letzte Reichsfinanzreform geschaffenen politischen Lage erscheint eine reinliche Scheidung der nationalliberalen Partei von dem Bnde der Landwirte dringend geboten. Es muß namentlich als ausgeschlossen gelten, daß ein nationalliberaler Kandidat sich durch vorherige Verpflichtungen in Abhängigkeit vom Bnde der Landwirte bringt.

Es ist schon vorgekommen, daß ein nationalliberaler Abgeordneter, der Mitglied des Bundes der Landwirte war, gerade wegen seiner Wahl

aus dem Bnde der Landwirte ausgeschlossen

wurde. Ich erinnere an den Fall Fumann. Seit längerer Zeit empfinden wir es schmerzhaft, daß in unserem geschäftsführenden Ausschuss ein Mann saß, der gleichzeitig dem Vorstand des Bundes der Landwirte angehörte. Die Ereignisse gaben uns Recht. Graf Orvola trat im entscheidenden Moment aus unserer Fraktion aus und folgte der Partei des Bundes der Landwirte. Das ist für gratierend, daß ein Mitglied vorgegeben werden muß. (Beifall.)

Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. Jung-Mn begründete folgenden von den Vereinen Mnheim a. Rh., Kippes und Düsseldorf unterzeichneten Antrag Mn: Der Vertretertag steht als eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit für unsere Organisation die Einwirkung auf den schnigen, von liberalen Geistes führen Ansehen der ameren Verwaltung Preussens an. Das in westlichen Kreisen des preussischen Landes an der Organisation der Verwaltung beilag wird, ist ihre Unzulänglichkeit, die von der Einwirkung des politischen und wirtschaftlichen Lebens überwiegend ist, die Schwere des behördlichen Apparates und die Langsamkeit des Verfahrens. Der Vertretertag erachtet von der geplanten Verwaltungsreform, daß sie kein Hindernis darstelle, sondern dazu diene, daß ein neuer Geist in die Verwaltung eingelegt, der darauf beruht,

die Staatsbürger vollständig zu bevormunden, und der den Beamten das Recht der vollen Entfaltung gewährleistet. Die Verwaltungsreform darf nicht eine Stärkung landbuerlicher Macht bringen, sondern sie muß immer mehr das Bürgertum zur Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten heranziehen. Der Vertretertag fordert seine Vertreter auf, überall in diesem Sinne Stellung zu nehmen und durch weitgehende Pflege der staatsbürgerlichen Erziehung immer weitere Schichten des Volkes zur Mitarbeit an den öffentlichen Arbeiten zu beizugehen.

Der Antrag wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Schließlich lag noch ein Antrag des Hessischen jugendliberalen Verbandes vor, der eine Besprechung des Verhaltens der Reichstagsabgeordneten

v. Preyl und Graf Orvola

berlangt. Hierzu hatte der Verein Düsseldorf folgenden weiteren Antrag eingebracht:

Der Vertretertag spricht zum Fall Orvola seine Ansicht dahin aus, daß ein Mitglied der nationalliberalen Partei dem Reichstage nicht angehören kann, ohne Mitglied der nationalliberalen Fraktion zu sein.

Wangel-Darmstadt: Wir müssen das Verhalten der Abgeordneten Freiherr von Preyl und Graf Orvola nicht als ein einzelnes Ereignis betrachten, sondern als Abschlus einer langen Entwicklung. Graf Orvola war nur deshalb nationalliberal, weil in Hessen es keine konserverbale Partei gibt. Wir in Hessen wären froh, wenn wir eine konserverbale Partei hätten, denn dann würden sich die konserverbale Elemente, die sich heute in unseren Reihen aufhalten, ihr anschließen. Auf der letzten Generalversammlung des Bundes der Landwirte, auf der Bundesdirektor Dr. Ghn so maßlos die Nationalliberalen angriff, war auch Graf Orvola anwesend. Trotzdem hielt er es nicht für nötig, aus seiner Prsidentenloge auf die Rednertribüne heraufzusteigen und die nationalliberale Partei zu verteidigen. (Sehr richtig!) In Friedberg erscheint ein Abgeordneter der „Deutschen Tageszeitung“, in dem das Wort liberal nicht einmal dem Namen nach genannt werden darf. Wir haben sehr festgestellt, daß dieses Wort vom Grafen Orvola perfunctr ausgeprochen wird. (Sehr richtig!) Das sind Zustände, die zum Himmel schreien! (Sehr richtig!) Unsere hessischen Bauern sind von Jugend an liberal. Auf dem Wege des Bundes der Landwirte soll nun der konserverbale „hessische Geist“ bei uns eingeschmuggelt werden. Die Zustände bei uns in Hessen sind viel schlimmer als in Hannover. Drei Viertel unserer Landtagsabgeordneten sind Bndler. Zwischen Herrn v. Scherbrand und Freiherrn v. Preyl besteht nur insofern ein Unterschied, als der eine offen und ehrlich sagt, was er will, während der andere das Flugabheut. Wir hessischen Jungliberalen wünschen gewiß, daß die Liberalen sich untereinander betrogen. Aber es müssen auch Liberale sein und nicht Leute, die den Liberalismus nur als Ausbrgel des Bundes, um die Interessen der konserverbale Partei in den Liberalismus einzuschmuggeln. Wir bitten Sie, in unserem Kampfe, den wir durchführen werden, um Ihre Unterstützung. (Beifall.)

Debatte wurde folgender Antrag Düsseldorf-Frankfurt am Main einstimmig angenommen:

Der Vertretertag des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugendvereine spricht seinen herzlichsten Freunden die Zustimmung zu ihrer Stellungnahme gegenüber den ehemaligen nationalliberalen Abgeordneten Freiherr von Preyl zu Herrn Ghn und Graf Orvola aus.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Sonntag vertagt.

Partei-Angelegenheiten.

Kommunalwahltag. In Wolfenbüttel bei Braunschweig errangen unsere Genossen bei der Stichwahl für einen verstorbenen bürgerlichen Stadtverordneten in der 3. Whlerklasse einen glänzenden Sieg. Genosse Schillinger erhielt bei der Stichwahl 254 Stimmen, der bürgerliche Gegner, ein Amtsgerichtsrat Rfe, nur 172 Stimmen. Bei der Hauptwahl erhielten Schillinger 152, Rfe 145 Stimmen. Weitere 185 Stimmen fielen auf andere bürgerliche Kandidaten. Mit Genossen Schillinger gibt der erste Sozialdemokrat in das Stadtparlament ein.

Vom Fortschritt der Presse. 625 neue Abonnenten hat die „Mannheimer Volksstimme“ in den letzten 14 Tagen, seit dem 1. Oktober d. J., gewonnen. Und noch immer ist in Stadt und Land, in der Rheinebene, an der Bergstraße wie im Odenwald die Zahl der Leser in stärker Zunahme begriffen.

Die Durchfhrung des Schnapsbottotts. Der Sozialdemokratische Verein Bremen verbreitete am Donnerstag ein Flugblatt, das vornehmlich den Schnapsbottott propagiert.

Arbeiterbewegung.

Aussperrung in der Schuhindustrie. Eine Aussperrung großen Stils bereitet sich im Industriesekt der Offenbach und Umgebung vor. Die Arbeiter der Schuhfabrik von Herz in Frankfurt a. M. (mit 5-600 Arbeitern) verlangten durch den Aussperrung ihrer Fabrik ihren Führern entsprechende Bezahlung. Als das abgelehnt wurde, ging die Firma mit Entlassungen vor. Darauf kündigten am vergangenen Dienstag sämtliche Führer der Firma. Die Vereinigung der Schuh- und Schufabrikanten von Frankfurt und Umgebung machten die Streikfrage zu der übrigen und in einem Anschlag wurde sämtlichen Arbeitern des Industriesektors, etwa 2000 am Sonntagabend mitgeteilt, daß bis 21. die Kündigung zurückgenommen werden könne. Die Aussperrung sämtlicher Betriebe könnte am 23. d. Mts. erfolgen.

Der Ausstand in der Schuhfabrik Catta besteht weiter, der Zustand von Schuarbeitern aller Branchen wird erwartet.

Der Schnapsbottott in Erfurt beigelegt. Bei der Firma Patel u. Hller, Erfurt, sind die Differenzen nach zweifhigen Verhandlungen beigelegt. Die Wünsche der Arbeiter und Arbeiterinnen wurden nach Lage der Verhältnisse in zufriedenstellender Weise befriedigt und die entsprechenden Garantien schriftlich niedergelegt und von der Firma unterzeichnet.

Es handelte sich bei diesem Streik nicht um Lohnforderungen, sondern um Abwehr schlechter Behandlung namentlich der Arbeiterinnen.

Immer noch Kampf in Schweden. Die schwedischen Unternehmern legen ihre alte, seit Beginn des Massenstreiks geblbte Praxis fort und suchen auch jetzt noch immer die Öffentlichkeit über den Umfang des Kampfes zu täuschen. So ließen sie die Nachricht verbreiten, daß die Grubenarbeiter von Kiruna können am 7. Oktober der Partei der Landesorganisation zum Trotz, Wiederaufnahme der Arbeit beizugehen. Aber tatsächlich ist am selben Tage von diesen Arbeitern ganz der entgegengesetzte Befehl gegeben worden, nämlich der: den Kampf fortzusetzen, bis er vom Landesverband der Gewerkschaften für beendet erklärt wird! Auch über den gegenwärtigen Umfang des Kampfes im allgemeinen sind von den durch die Unternehmern informierten Telegrammbureaus wiederum irreführende Nachrichten und Zahlen in die Öffentlichkeit gebracht worden. Die Wahrheit ist, daß die letzten Unternehmern durchgeführten durchgeführten streikten noch gegen 52.000 Arbeiter in den Kampf verwickelt sind. Von ihnen stehen gegen 30.000 noch in direktem Kampf gegen die schwedische Arbeiterbewegung, die ja die einzige ist, die seinerzeit durch ihre Massenaussperrungen den allgemeinen Massenstreik hervorgerufen hat und gegen die nun auch noch nach der neuen Laune der Arbeiterkassette der Kampf fortgesetzt wird, bis annehmbare Bedingungen für den Friedensschlus erreicht sind. Der Rest von den 52.000 sind solche, die noch infolge des Massenstreiks arbeitslos oder gemtergt sind. Soweit nicht fest, daß der Plan des Unternehmertums, die Arbeiterkassette gänzlich niederzuschlagen, misslungen ist. Ein so kampfgewohnter Arbeiter, wie das schwedische, ergbt sich nicht und das internationale Bürgertum, auch die deutsche Arbeiterkassette, wird an ihrem Teil weiter dafür sorgen, daß es den kämpfenden Wrkern in Schweden nicht an den nötigen Mitteln fehle.

Streitgespräch in Spanien. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, die gegenwärtig in Spanien aufgetragen werden, dürfte auch ein Gesetz, das die spanische Regierung über die Stellungnahme bei Streiks erlassen hat, die Aufmerksamkeit in höchstem Maße beanspruchen. Das neue Gesetz, das vom spanischen Parlament angenommen worden ist, erkennt sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeiter das Recht an, die Arbeit zu unterbrechen, d. h. sowohl auszusperrten als zu streiken. Die Ausführung dieses Rechtes zum Streik ist jedoch folgenden Bedingungen unterworfen: Erstens muß die Aussperrung, einen Streik auszulassen, mindestens acht Tage vor Beginn des Kampfes der vorliegenden Behörde mitgeteilt werden, wenn durch die Aussperrung die Ruhe- und Wasserzufuhr, der Elektrizitätsverkehr, die Ernte für die Kranken und städtischen Armen betroffen wird. Weiter kann ein Streik erst fünf Tage nach erfolgter Meldung begonnen werden, wenn er den Eisenbahnverkehr unterbrechen oder „alle Einwohner einer Stadt einigler für den allgemeinen Konsum unentbehrlicher Artikel veranlassen“ will. In allen angelegten Fällen muß das Motiv zum Streik richtig zur Aussperrung unbedingt vorher angezeigt werden. Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen können geschändet werden und können Aussperrungen und Streiks infizieren, wenn sie sich den Bestimmungen des Gesetzes anpassen. Es darf aber kein Auserordentliches an den Organisationen werden, den Organisationen beizutreten oder sich an dem Arbeitskampf zu beteiligen. Das Gesetz führt sodann die auf Nichtbeachtung der Vorschriften ausstehenden Strafen auf. In der Hauptsache hat die Nichtanmeldung von Arbeitskämpfen, deren Meldung vorgeschrieben ist, für die Beteiligten, namentlich die sogenannten Anfurer, Gefängnisstrafe zur Folge.

Aus Schlesien und Posen.

Der Junke Wunsch ist der Regierung Befehl.

Einer Anregung des Herzogs von Ratibor folgend, trägt sich, wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, das preussische Landwirtschaftsministerium mit der Absicht, ein Institut für Jagdbnde zu errichten, das auch der fortgeschrittenen Beobachtung und Bekämpfung von Wildschwen dienen soll. Man hofft, daß ein solches Institut, an dem alle Bundesstaaten interessiert seien, mit Hilfe des Reichs werde errichtet werden können.

Zu Bekämpfung der Tierseuchen geben Preussen und auch die übrigen deutschen Bundesstaaten erhebliche Summen aus. Jetzt soll nach den Wünschen der schweizerischen Jagdbnde und die Bekämpfung der Wildschwen staatlich organisiert werden, damit die Herren Herzöge und Grafen in ihrem Landesbesitz Sport führen können. Das schon einmal ein preussischer Junke oder einer seiner Landesbesitzer in der Regierung auf den Gedanken gekommen wäre, staatliche Einrichtungen zur Bekämpfung der Seuchengefahr zu schaffen, der TuberkuLOSE oder sonstiger Berufskrankheiten zu fördern, oder der Anstellung von Schätzern das Wort zu reden, — davon hat noch niemand etwas erfahren. Allerdings handelt es sich im ersten Fall um das materielle Interesse und das Vermögen der Jagdbnde, im zweiten um das Wohl der großen Masse des Volkes. Da bedarf es keiner besonderen Worte, daß das eine dem anderen vorzuziehen ist.

Schwetznitz, 19. Oktober. Drei Brände wlten am Sonntag und Montag in unserer Gegend. Sonntagabend brannten auf dem Dominium Kallenbrunn des Rittergutsbesitzers Kerber eine große Feldscheune und ein Getreidespeicher nieder. Nachmittags wurde in Bunselwitz eine mit Getreidevorrten gefllte Scheune des Gutsbesitzers Scholz aus Tscheken ein Raub der Flammen. Ferner entstand Nacht im Gemeindefaule in Strehlitz ein Brand in der Wohnung des Rentenerwirts Reichel. Als die verschlossene Stube des Reichel gewaltsam geöffnet wurde, fand man Reichel leblos am Boden. Er wurde in Sicherheit gebracht, doch ist sein Zustand hoffnungslos. Das Feuer konnte gestmt werden.

Schwerberg, 19. Oktober. Schwurgericht. Der Zimmermann Paul Hornig aus Hartenberg war angeklagt, in der Nacht zum 22. August dem Führer Matten von dort aufgefahret, ihn überfallen, einen Abgang hinabgeschoben und ihm ein Portemonnaie mit 500 Mark weggewonnen zu haben. Da Matten noch zweimal um Hilfe rufen konnte und Nachbarn herbeizitierte, ließ Hornig das Portemonnaie, das ihm offenbar in der Eile entfallen war, liegen. Ebenso mußte er Hut und Leibgurt, die er verloren hatte, im Stich lassen, und diese Gegenstände wurden ihm zum Verfall. Zur Orientierung über die Verhältnisse begab sich der Schwurgerichtshof nach Hartenberg. Nach der Rückkehr nach Schwerberg wurde die Verhandlung fortgesetzt und der Angeklagte zu 5 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Saarau, 19. Oktober. Unglücksfall. Als der Rötlicher Meergerat aus Raaben mit einem mit Hben beladenen Wagen die Freiburgerstrae entlangfuhr, ließ sich plötzlich eine Reite und sein neben ihm auf dem Wagen sitzendes Kind fiel so unglücklich herab, daß ihm das Rad des schwer beladenen Wagens über einen Oberflanken fuhr. Der Vater trug sein zwölfjähriges verunglcktes Kind selbst ins Johanniter-Krankenhaus.

Biegenhals, 19. Oktober. Schwere Veranfall. Beim Neubau einer Scheuer stürzte die massive Mauer von 6 Metern Höhe ein und begrub die Maurer Franz Schubert und August Jodisch aus Drr-Kunzenhof unter sich. Erst nach langen Bemühungen gelang es, die Verschütteten zu befreien. Beide haben schwere Verletzungen erlitten.

Goldberg, 19. Oktober. Ein Einbruchsdiebstahl wurde vorgestern Nacht beim Uhrmacher Dulawski auf der Pleinstrae verurteilt. Mittels eines großen Steines wurde das Schaufenster eingeschlagen und von den ausgelegten Waren zwei goldene und ein nderer Herrenring gestohlen. Als der Besitzer des Geschäfts, von dem Geruch erwacht, in den Laden lief, war von dem Diebe, der jedenfalls mittels eines Diamanten das große, runde Loch bereits vorge schnitten hatte, nichts mehr zu sehen.

Sahnan, 19. Oktober. Zu Gefahr. Sonntag Vormittag entstand im Hinterhause des Whlers Grunhilds an der Bahnhofsstraße ein Stenbenbrand, der leicht hätte sehr schlimme Folgen haben können. Die Winterhuse Eheleute waren zur Kirche gegangen und hatten ihre kleinen Kinder allein zu Hause gelassen. Auf ungeklärte Weise hatte sich das bei dem Feuer liegende Holz entzündet. Die Flammen hatten bereits Fußboden und Tür ergriffen, als durch das Geschrei der Kinder und den Feuerchein am Fenster Nachbarn aufmerksam wurden, welche die Kleinen aus ihrer bedrängten Lage befreiten und das Feuer löschten, ehe es groeren Umfang annehmen konnte.

Rattowitz, 19. Oktober. Protest-Verammlung gegen den spanischen Justizmord. In einer öffentlichen Protest-Verammlung gegen den Justizmord an Ferrer haben für heute Dienstag, den 19. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, nach dem großen Saal der „Reichshalle“ u. a. Arbeiter-Sekretär Genosse Köberich, Stadtrat Gutmann und der Vorsitzende der demokratischen Vereinigung Stolzenburg, ein. Wir entschreiben die Meldung der „Schlesischen Freien Presse“, dem Organ der recht eifrigen demokratischen Vereinigung in Oberschlesien.

Rattowitz, 19. Oktober. Erbschwanungen in Oberschlesien. Wie die „Rattowitzer Zeitung“ mitteilt, wurden die Bewohner von Orzegow in der Nacht zum Freitag von großen Schrecken befallen. Es machten sich Erbschwanungen bemerkbar, die längere Zeit andauerten. Menschen fielen aus den Betten und Blder krgten von der Wand herab.

Grosz-Strehlitz, 19. Oktober. Automobilunfall. Am Dienstag Nachmittag fuhr in der Nähe von Stndorf ein Automobil, in dem der Besitzer, ein Rattowitzer Herr, und der Chauffeur, in voller Fahrt gegen einen Baum. Beide wurden herausgeschleudert; der Chauffeur erlitt eine Gehirnerschttung, während der Besitzer nur einige Kontusionen davontrug. Der vordere Teil des Automobils wurde demoliert.